

Sagen, was Sache ist.



s Rote Füchse

www.spd-ehingen.de

informiert
engagiert und
unzensuriert.



Nr. 199

erscheint monatlich

1. Juni 2010

Mitteilungsblatt des SPD-Ortsvereins Ehingen / Donau und Umgebung

EU-GR-Charta, Art. 11: Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe ... zu empfangen und weiterzugeben.

Finanzielle Hilfe für Griechenland in Nöten

Nun macht mal halblang!

Ludwig Dorner

Ja, Griechenland hat sich sein finanzielles Desaster teilweise selbst eingebrockt — mit freundlicher Unterstützung internationaler (auch deutscher) Spekulanten, Banken, Rüstungs- und anderer Konzerne. "Strafe muss sein": Ich glaube, das hat man in Griechenland auch weitgehend kapiert.

Der Rest der EU ist von den griechischen Problemen ebenfalls betroffen - wie wir. Aber es gibt einen Unterschied:

Bei uns hauen Zeitungen (die mit den ganz großen Buchstaben vorneweg) und manche konservative Politiker auf eine ganz seltsame Pauke:

Die BILD-Zeitung (24.04.2010) titelt:

„Also doch! Die Griechen wollen unser Geld“.

Allein dieses „Also doch!“ ist bereits eine Unverschämtheit sondern gleiches.

Es wird nationalistisch bis hin zu rassistisch. Da sind "die" Griechen plötzlich alle "Inselgriechen" (was auch immer das sein mag). "Die" Griechen sind angeblich plötzlich allesamt unfähig, faul, korrupt, betrügerisch ... Sie wollen einfach an unser Geld ...

Hören wir da vielleicht ganz dumme Vorurteile aus ganz dummen alten Zeiten heraus?

Was gibt's diesmal?

- 2 Liebe Leser/-innen!
Wir gratulieren | Impressum
- 3 Kontakte |
- 4 SPD-Berichte aus Berlin
- 5 (L)eserpost 1 und 2
- 6 Verhalten der Kanzlerin zur Griechenlandkrise
- 7 (A)bgestimmt - Georg Mangold
- 8 Die Basis wendet sich an die EU ...
- 10 Damals im Juni
- 11 (L)eserpost 3
Betreff: Information zu S21
- 12 Notizen aus der Kreistagsarbeit
- 13 Besinnliches zu den Besinnungswegen - Das diente ihr als Beweis ...
- 14 Es stand vor 10 Jahren ...
(A)bgestimmt - wie?
- 15 Eine zukunftsfähige Eurozone braucht umfassende Reformen
- 16 (R)umgefragt
- 18 Kommunen in Not sparen ...
- 19 SPD nominiert für Landtagswahl
- 20 Bewässerung
- 22 Liebes Rotes Füchse, ...
- 24 Griechenland – PIIGS – EURO?
- 28 Termine, Hinweise u. a.

weiter auf Seite 3 →→→

Adress-
Aufkleber

EU-D-89584 Ehingen / Donau und Umgebung



Liebe Leserinnen und Leser!

Es gibt Momente im Leben eines Blattmachers, in denen er sich wünscht, in die Zukunft gucken zu können. In den Tagen und wenigen Wochen, in denen diese Juni-Ausgabe entsteht, ist die Griechenland-Finanzkrise ein ganz aktuelles Thema. Noch ist - in diesem Augenblick - auch die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen ein bevorstehendes Ereignis. Nicht wenige Beobachter rechnen damit, dass die Bundesregierung danach so manche **Katze aus dem Sack** lässt. Weiß ich's aber jetzt? Ich weiß auch nicht, ob die Griechenland-Krise im Juni nur noch ein Thema ist, das schon wieder beinahe vergessen ist — oder eben nicht.

Und so beschränke ich mich thematisch auf das, was bleibt, ungeachtet dessen, wie aktuell die Finanzprobleme in Süd-

europa noch sein werden.

Es bleibt deutsche Neigung, ganz gerne über andere Länder herzuziehen. Die Boulevardpresse macht es uns vor. Sie erzeugt Meinung, behaupte ich, und tut dann so, als ob sie nur des Volkes Meinung wiedergäbe. Was ist da aber Ursache, was ist Wirkung?

Sicher ist, dass BILD die auflagenstärkste deutschsprachige Zeitung ist, und was sie hinaus trompetet, wird wahrgenommen — egal, ob sie etwas zu Recht behauptet oder nicht.

Dass anderswo, wo BILD unbekannt ist, mit einiger Besorgnis auf **ganz** Deutschland und seine derzeitige **Regierung** geschaut wird, was wir tun oder nicht tun, und mit welch' hässlichem Unterton wir's tun, steht auf einem ganz anderen Blatt. Da

sieht man uns nicht als BILD, da nimmt man uns insgesamt als "Deutschland" wahr.

Wie eine zwar erwünschte, aber eigentlich doch unangenehme Frucht fielen mir kurz **nach** dem Schreiben meines eigenen Beitrags **Pressemeldungen** in die Hände, die ich (auszugsweise) zitieren muss, weil sie gar zu sehr zur Thematik passen. Nicht nur manche Medien und manche Politiker treten durch überhebliche Großmütigkeit gegenüber Griechenland auf. Nein, schlimmer noch, das beobachten auch die europäischen Nachbarn mit großer Sorge. Tun uns die **schiere Größe** des wiedervereinigten Deutschlands und die **Rückkehr zur Hauptstadt Berlin** doch nicht so gut? Werden wir doch schon wieder großkotzig?

Sehr gut, dass hiesige Zeitungen dagegenhalten! ■

„Rund“ oder „höher“: Wir gratulieren diesmal ...

Geburtstag „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 70 Jahre
Mitgliedschafts-Jubiläen: „rund“ = durch 5 teilbar, „höher“ = ab 30 Jahre

Geburtstage				Mitgliedschafts-Jubiläen		
geboren am		wird	Eintrittsjahr		Jahre	
25.	6.	Ulrich Schmucker	50	1979	Wolfgang Haschke	31
26.	6.	Ulrich Klausner	55	1979	Helmar Hübner	31
17.	6.	Gustav Malejko jun.	60			
13.	6.	Christa Rinker	74			

Meinungsbeiträge (bitte digital übermittelt) sind immer herzlich willkommen. Auf Wunsch kann die Redaktion auch die Ausformulierung von Stichworten übernehmen. Nachdruck ist unter Quellenangabe gerne gestattet - natürlich auch der örtlichen Presse!

Impressum: 's Rote Füchslé wird monatlich vom SPD-Ortsverein EU-D-89584 / Donau (und Umgebung) herausgegeben. Konto 601 280 008 Ehinger Volksbank (BLZ 630 910 10). Es erscheint jeweils zum Monatsanfang. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stimmen nicht unbedingt mit Vorstand oder Redaktion überein. Titelgrafik, Logo: T. Berber. Gewählte Redaktionsmitglieder: Georg Mangold, Gerhard Tessin und Dieter Volgnandt. Gesamtverantwortung, Koordination, Konzeption, Layout, Satz sowie Datenpflege, Vertriebsvorbereitung und Anschrift der Redaktion: 's Rote Füchslé, Ludwig Dorner (LD), Höhenstraße 101, EU-D-89608 Griesingen, Fon 07391-6866, E-Mail Rotes.Fuechslé@t-online.de * **Redaktions-Schluss ist jeweils am 5. des Vormonats** (Ausnahmen bitte nur nach Vereinbarung). DTP-Software: Corel Ventura 10.0. Druck: Peletronia Medienbüro Erbach-Ersingen - Verteilung: Gerhard Tessin, K.+L. Dorner und eine treue Helfer(innen)schar. ■



■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 1 - Griechenland

Dabei sollten wir nicht übersehen: Weltweit tätige Spekulanten versprechen sich fette Gewinne, wenn sie den Euro schwächen oder gar vernichten. Sie greifen ihn an seinen schwächeren Flanken an.

Womöglich fällt bei dem teilweise nationalistischen Getöse von hier den übrigen EU-Nachbarn wieder ein, was sie soeben allmählich hätten vergessen können: Deutsche Großmannsucht, deutsche Überheblichkeit, deutsches Niedermachen anderer Länder. Ist da wilhelminischer Geist kyffhäusergleich obskuren Gedanken-Katakomben entstieg?

Leute - geht's noch? Was tun wir da eigentlich?

Klar ist doch: Der Euro muss gepflegt und erhalten bleiben, auch in unserem Interesse.

Klar ist, dass in der EU ebenso ein Länderfinanzausgleich stattfinden muss wie in der Bundesrepublik, seit es sie gibt.

Klar ist - natürlich! - auch, dass das nicht zum Nulltarif geschehen kann, sozusagen als Geschenk. Nein, natürlich muss

Griechenland seine Finanzen in Ordnung bringen und seiner Bevölkerung viel dabei zumuten. Griechenland muss seine Staatsverschuldung reduzieren.

Müssen wir das aber nicht vielleicht hierzulande auch?

Klar ist doch auch, dass wir mit den letztjährigen Banken- und Firmen-Rettungsmilliarden verdammt nochmal selbst im Glashaus sitzen und wenig Grund haben, auf andere Länder Steine zu werfen.

In meinen Augen wäre es tausendmal angebrachter, mit den Griechen und einigen anderen Wackelkandidaten ganz leise, still und bescheiden eine Art Schuldnerberatung zu organisieren, etwa nach dem Motto: OK Jungs, ihr habt Scheiße gebaut (wir übrigens oft genug auch), und jetzt sehen wir zu, dass wir die Kuh wieder vom Eis kriegen. Und: Wir müssen gegen die internationalen Spekulanten in New York und anderswo feste zusammenhalten!

Ja, wenn wir so dächten und handelten, würden wir nicht welt- und EU-weit uralte

Ängste vor großmäuligen Deutschen wiederbeleben, die damit schon genug Unglück auf der ganzen Welt angezettelt haben.

Das — so muss man zur Kenntnis nehmen — ist nämlich außerhalb unserer Grenzen noch sehr vielen Leuten in sehr viel besserer Erinnerung als uns jemals lieb sein kann.

Solche Wiederbelebungsversuche sollten wir also schon im ureigensten Interesse unterlassen.

Und zuletzt — Griechenland hin oder her: Es geht eigentlich um den Euro, der die Basis unserer exportorientierten Wirtschaft ist. Wir sollten mit großem Fleiß zu seiner Stabilität beitragen wollen. Und da muss ein Geldproblem auch im ureigensten deutschen Interesse beseitigt werden — wohl oder übel — wie man 2009 bei Banken und OPEL argumentierte.

Deutsche Großmaul-Arroganz kann unserer Wirtschaft schon grad **gar** nicht förderlich sein.

weiter auf Seite 5 →→→

Kontakte

Ortsvereinsvorsitzende **Klärle Dorner**,
Fon 07391-6866, Klara.Dorner@gmx.de;
stv. Vors. **Kerstin Hoffmann**, Riedlingen,
0 73 71 - 9 34 70 54; Fraktionsvorsitzender
(Gemeinderat Ehingen) **Georg Mangold**,
Fon 07391-5 39 05,
Georg-Mangold@t-online.de

SPD-Kreisvorsitzende
Heidi Ankner;
ankner-blaustein@t-online.de

SPD-Regionalzentrum Poststraße7,
88400 Biberach, www.spd-rz-bc.de -

Fon 07351/ 5 87 57 90, Fax 0 7351-587
57 87 Büroleiterin Bruni Oehrke; Bruni.
Oehrke@spd.de; Regionalgeschäftsführer
Ulrich Möhrle (01 51 - 17 86 47
80) - ulrich.moehrle@spd.de

Bürgerbüro **Martin Rivoir MdL**, Betreuung-
s-Abgeordneter für den Alb-Donau-Kreis;
Söflinger Straße 145, 89077 Ulm,
Fon 0731/3989700, Fax 0731/
3989701; Martin.Rivoir@spd.landtag-bw.de;
Mitarbeiterin Susanne Nödinger

Abgeordnetenbüro **Hilde Mattheis MdB**,
Unter den Linden 50, 10117 Berlin, Fon

0 30 - 22 77 51 42, Fax 0 30 - 22 77 67 13,
hilde.mattheis@bundestag.de; Kerstin
Krell, Markus Heckmann, Karl Piberhofer
(wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis MdB,
Söflinger Straße 145; 89077 Ulm,
Fon 07 31 6 02 67 71, Fax 07 31 - 6 13 21,
hilde.mattheis@wk.bundestag.de; Ingo
Bergmann - www.hilde-mattheis.de

Europa-Abgeordnete
Evelyne Gebhardt MdEP; Keltergasse 47,
74653 Künzelsau; 0 79 40 - 5 91 22;
EGebhardt.MdEP@T-Online.de;
www.evelyne-gebhardt.eu ■



SPD-Berichte aus BERLIN



Hilde Mattheis MdB informiert.
Die Auswahl besorgte die Redaktion.

"Mit dem beschlossenen 8-Punkte Programm kann die Situation der Alleinerziehenden deutlich verbessert werden", kommentiert die SPD Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis das vom Parteivorstand der SPD beschlossene Aktionsprogramm. Familie ist dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Keine andere Familienform hat in den letzten Jahrzehnten in unserer Gesellschaft so an Bedeutung gewonnen wie die Ein-Elternteil-Familie. Vorschläge für konkrete Schritte zur besseren Unterstützung von Alleinerziehenden:

(1) Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung für Alleinerziehende ab 2013

- Einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für ein- bis sechsjährige Kinder sowie auf Nachmittagsbetreuung für Kinder im schulpflichtigen Alter für Alleinerziehende spätestens ab 2013. Zur Finanzierung fordern wir die Bundesregierung auf, das geplante "Betreuungsgeld" nicht einzuführen und die dafür vorgesehenen Mittel von bis zu 2 Mrd. Euro jährlich in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren;

(2) Spezialisiertes Fallmanagement für Allein-erziehende und Eltern-Kind-Zentren vor Ort

- Eine spezialisierte Betreuung von Alleinerziehenden durch entsprechend geschulte Fallmanagerinnen und Fallmanager in den Arbeitsagenturen, die sich an der individuellen Lebenssituation und den jeweiligen Bedürfnissen der Alleinerziehenden orientieren und besser mit Betreuungseinrichtungen, den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe sowie anderen Hilfesystemen zusammenarbeiten, sodass alle Angebote vor Ort lückenlos und wirksam ineinander greifen;

(3) Existenzsichernde Löhne

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch verbindliche gesetzliche Regelungen; einen flächendeckenden, allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn

(4) Zeit für Kinder - Flexibilität im Job

- Einen Rechtsanspruch auf Wiederaufstockung nach Reduktion der Arbeitszeit wegen Kinderbetreuung;

(5) Teilzeit-Ausbildung und nachholende Qualifizierung

- Mehr Ausbildungsangebote in Teilzeitform für Mütter und Väter, die Kinder betreuen und keine Ausbildung haben. Hierzu wollen wir geeignete Anreizmodelle für Betriebe entwickeln und geeignete Instrumente zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Teilzeitausbildung prüfen und entwickeln. Für junge Eltern, die innerhalb der ersten drei Jahre nach der Schule keinen Ausbildungsplatz gefunden haben, wollen wir einen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitausbildung durch staatliche Förderung einführen. Auch für Eltern, die sich bereits in Ausbildung befinden, müssen Möglichkeiten geschaffen werden, die Ausbildung in

Teilzeit fort zu setzen.

(6) Weiterentwicklung des Kinderzuschlags

- Die Absenkung der Mindesteinkommensgrenze und den Verzicht auf die Höchsteinkommensgrenze: Damit würde der Kinderzuschlag nach unten und oben weiter geöffnet. Die Öffnung nach unten hilft Familien, die bisher in sogenannter verdeckter Armut leben. Mit der Öffnung nach oben wird ein lineares Auslaufen der Förderung gewährleistet und ein abrupter Abbruch der Förderung vermieden;

(7) Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses

- Eine Weiterentwicklung des Unterhaltsvorschlusses, bei der die maximale Bezugsdauer verlängert und die Altersgrenze von derzeit 12 Jahren angehoben wird;

(8) Weiterentwicklung der Familienförderung

- Die Umstellung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten auf einen Abzug von der Steuerschuld, damit auch Alleinerziehende, die nur geringe Steuern zahlen, stärker von der Förderung profitieren. Unabhängig davon bleibt die vollständige Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung unser Ziel. ■



(L)eserpost 1

Mein Kompliment für die neue Ausgabe vom Mai 2010.

Ich finde: eine erstaunliche Themenbreite! Alles übersichtlich gestaltet, alles gut lesbar formuliert!

--

Eindrücklich fand ich unter anderem einen Bericht "aus dem Leben", von jemandem, der auf die Hilfe unserer sogenannten Sozialsysteme angewiesen ist und der unter anderem das schwierige Ausfüllen von Formularen und die (sagen wir's mal vorsichtig) Seltsamkeit einiger Behördenmenschen nachfühlen lässt.

Der Text über den Rückgang der Zahl kleiner Selbständiger in Griesingen riecht etwas nach Nostalgie*. Es wird zu wenig deutlich, mit wie viel Armut diese früheren "selbständigen

Existenzen" in einem Dorf verknüpft waren.

Einer der Beiträge zu (R)umgefragt des jüngsten "Füchseles" (April) gibt auch ein Urteil zu den - vermuteten - Empfindungen des Nostalgikers*. Dieser Leserbriefschreiber vergießt nicht die üblichen Krokodilstränen, wenn über die Verödung von Innenstädten und nun sogar auch der Dorfmitten geklagt wird, sondern sieht diese Entwicklung in dem ganz durchschnittlichen EINKAUFsverhalten der meisten Zeitgenossen und unseres ökonomischen Verhaltens im Allgemeinen begründet.

Bei der Suche nach den Gründen vieler heute beklagten wirtschaftlichen Entwicklungen kann sich jeder von uns an die EIGENE Nase fassen.

Veit Feger
Ehingen

***Anmerkung:** Nostalgische Verklärung früherer Verhältnisse war vom Verfasser keineswegs beabsichtigt. Es sollte lediglich der Strukturwandel wertfrei dargestellt werden. (LD)

(L)eserpost 2

Lieber Karl-Heinz Irgang, vielen Dank für Deinen guten Beitrag im Roten Füchsele! Leider ist die SPD-Führung im Land und in Stuttgart weiter stramm auf dem S 21-Kurs. Das wird uns noch viele Euro und viele Stimmen kosten. Herzliche Grüße,

Peter Conradi
Stuttgart

Ans Rote Füchsele weitergeleitet von Karl-Heinz-Irgang, Blaubeuren ■

Redaktionelle Anmerkung zur (L)eserpost:

Seit Beginn wurde jede eingegangene (L)eserpost unverändert übernommen und veröffentlicht. Es fand also keinerlei Auswahl, Kürzung oder Veränderung (außer bei Tippfehlern u. ä.) statt. Dies bleibt auch weiterhin so. Ludwig Dörner ■

■■■ Fortsetzung von Seite 3 - ... halblang

Nun macht mal halblang.

Dieser Aufruf gilt natürlich auch jenen in Griechenland, die in ihrem Zorn, in ihrer Enttäuschung und in ihren Ängsten nichts Besseres zu tun wissen, als Hakenkreuztransparente zu entrollen oder Weltkriegs-Reparationsforderungen zu erheben. Man weiß auch in Griechenland, dass man die Hand, die gibt, nicht beißen sollte. Freilich, ein sehr gut Deutsch sprechender Grieche sagte im deutschen Fernsehen sinngemäß: Wenn in Athen

20 000 Leute demonstrieren und notfalls auch gegen Deutschland, dann ist das ein lächerlich geringer Prozentsatz in einer Stadt mit über 2 Mio. Einwohnern.

Ende April wurde das Thema "Griechenland" auch in der ARD-Sendung "Hart aber fair" (Moderator Frank Plasberg) behandelt. **Der hier vorliegende Text entstand wenige Tage zuvor.** Beim Verfolgen der Sendung hörte ich etliche "meiner" Argumente wieder und erkannte, man sei nicht allein, wenn

man **gegen rassistische Untertöne und Vorurteile** angeht — und nur um diese geht es mir in diesem Beitrag. BILD zum Trotz!

Mich stimmte auch durchaus nachdenklich, als ich hörte, dass man in Griechenland zwar unter Umständen 80% des vorigen Einkommens als Rente bezöge, dass es sich dabei aber oft um armselig wenige Euro im Monat handle und nicht etwa um ein "den-Hals-nicht-voll-kriegen". ■

Siehe auch Seite 6 →→→



Verhalten der Kanzlerin zur Griechenlandkrise

“Kurzichtiges und egoistisches Spiel auf Zeit”¹

Ludwig Dorner

Als ich die Titelgeschichte zu diesem Heft schrieb, waren folgende Pressemeldungen noch nicht erschienen. Ich konnte nach ihrer Veröffentlichung aber feststellen, dass ich wohl nicht ganz unrecht hatte, wenn ich vor nationalistischen Tönen aus deutschen Reihen warnte. Deutschlands Bundesregierung erntet wegen ihrer Haltung teils harsche Kritik bei den europäischen Nachbarn.

Schwäbische Zeitung (29. April 2010)

Seltsame Blüten

“Das Schulden-Desaster ... Griechenlands ... beginnt auch seltsame Blüten zu treiben: An deutschen Stammtischen sitzen inzwischen viele Finanzexperten. ... Die Griechen haben - in traurem Verbund mit Großbanken - über Jahre geschummelt, gefälscht, betrogen. Sie haben einen aufgeblähten Staatsapparat, sind nicht sonderlich immun gegen Korruption ... und haben aus all diesen Gründen ihr Land an den Rand des Staatsbankrottes gefahren. Und jetzt sollen andere die Zeche zahlen.”

Anm.: Die Rolle der internationalen Finanzwelt trat zu diesem Zeitpunkt wohl noch nicht so deutlich zutage.

Populismus der üblen Art

“Dies alles mag mehr oder weniger zutreffen”, schreibt das Blatt weiter und meint: “Aber die Art und Weise, wie vor allem die größte deutsche Boulevard-Zeitung derzeit quasi aus allen Rohren gegen das südeuropäische Land und seine Menschen schießt, ist

Populismus der üblen Art. ... Dahinter steckt ein generelles deutsches Problemchen: Das ist ein tiefsitzender Hang zum Oberlehrerhaften. ... Ein Problem kann noch so komplex sein - die scheinbar einfache Lösung ist immer parat. ... Die Lösung wird dadurch keinesfalls einfacher. Schlimmer noch: Emotionen befördern gern Klischees.”

Der Grieche als solcher

“In der Debatte läuft der Grieche als solcher Gefahr, zum faulen, raffgierigen, korrupten EU-Schmarotzer zu werden. Das ist objektiv töricht. Die allermeisten Griechen können als Individuen genau so wenig haftbar gemacht werden wie der deutsche Otto-Normalbürger für den hiesigen Schuldenberg. Es ist im übrigen nicht anzunehmen, dass sich die Deutschen höheren Renten aus Verantwortung fürs Gemeinwohl widersetzen würden.”

Südwest-Presse (30. April 2010)

Madame No - Merkel, die Neinsagerin

“Französische Wirtschaftsexperten und Leitartikler werfen

‘Madame No’ vor, mit ihrem ‘kurzsichtigen und egoistischen Spiel auf Zeit’ beim Hilfspaket für Griechenland und dem erneuten Absturz der Börsen mitverantwortlich zu sein.”

Das Blatt berichtet weiter:

Mitschuld an Portugals und Spaniens Problemen

“Allein wegen der [NRW-Wahl] habe sie die unumgängliche Finanzspritze für Griechenland so lange hinausgezögert, bis die Zweifel an der europäischen Solidarität auch Portugal und Spanien an den Rand des Abgrunds drängten.” (...)

Nicht mehr zum Wohle Europas

“Der berühmte Philosoph André Glucksmann beklagt in der Pariser Tageszeitung LE FIGARO eine radikale Wende Deutschlands, welches nicht mehr zum Wohle Europas zu handeln und zu zahlen bereit sei, sondern lieber am russischen Modernisierungsgeschäft verdiene.”

Abdriften zum Ural

Unter Verweis auf die ostdeutsche Abkunft der Kanzlerin, die



wie "die ehemalige DDR von preußischer und slawophiler Prägung sei", spricht ein anderer Autor vom "Abdriften Berlins zum Ural".

Die SWP berichtet weiter:

Am Nimbus gekratzt

"Auch ... in Spanien sinkt Merks Stern. ... Ihre zögerliche Haltung in der Griechenlandfrage hat gewaltig an ihrem Nimbus als 'zuverlässigste

politische Figur Europas ihrer Generation gekratzt."

Die SWP weiter:

"Nach dem Ausscheiden der SPD aus der Regierung hätten sich in Merkel 'die provinziellen und euroskeptischen Reflexe' aktiviert, 'die beinahe alle Politiker aus dem Osten Europas charakterisieren.' "

So äußerte sich ein spanischer

Leitartikler, der Südwest-Presse zufolge. Das sitzt!

's Rote Füchse meint dazu:

Zeit für den Wechsel, oder? Die Landtagswahl in NRW hat auf jeden Fall ein Zeichen gesetzt, auch wenn ein richtiges SPD-Traumergebnis noch anders ausgesehen hätte.

Siehe auch Seite 24. ■

(A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchse berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise mitgeteilt. Danke! Hier: [Vorab der Beitrag von Georg Mangold](#) (ansonsten: Seite 14)

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt — e = enthalten

A: technischer Ausschuss 29. 4. 10

Das Dach der Michel-Buck-Schule wird mit Geldern aus dem letzten Konjunkturprogramm total saniert. Nun ist die Idee entstanden, das Dach über dem Hauptbau so zu verändern, dass dort ein langersehntes Lehrerzimmer mit kleinen Nebenräumen eingebaut werden kann. Dazu wird das Dach angehoben und in den Neigungen verändert. Fensterbänder sollen genügend Licht bringen.

Ich habe diesem Vorhaben natürlich **zugestimmt**. Endlich ein Lehrerzimmer, in dem alle Kolleginnen und Kollegen einen Sitzplatz haben werden.

Vergabe von Bauarbeiten für die Kanalauswechslung in der Adlerstraße - ein wichtiges Teilstück zur Behebung der Überflutungsgefahr in diesem Bereich. Mit **ja** gestimmt

B: Gemeinderat 29. 4. 2010

Ich habe **zugestimmt**, dass die Stadt vier Spenden über je 100 € für einen Kindergarten annehmen darf.

Ich habe **zugestimmt**, dass der Bebauungsplan Rosengarten geändert wird: die Häuser dürfen künftig so ausgerichtet werden, dass die Dächer besser für "Solarnutzung" geeignet sind. Eigentlich eine sinnvolle Sache. Es soll aber Einsprüche von Bauherren geben, die bereits gebaut haben — ihnen bringt die Änderung nichts mehr.

Ich habe **zugestimmt**, dass am Ortstand von Schaiblishausen ein Landwirt eine neue Schweine-Umladestation bauen kann. Grundstück: 100 m x 100 m, darauf eine Halle mit ca. 1700 m². Dazu muss noch der Flächennutzungsplan geändert werden.

Nichtöffentlich:

Zustimmung, dass die Stadt und die Stiftung dem Bund die Flächen verkaufen, die er benötigte, um die tolle Einfädungsspur von der B 492 (von Allmendingen kommend) auf die B 311 zu bauen. ■



Evelyne Gebhardt MdEP Aus der Arbeit des Europäischen Parlaments

www.europarl.europa.eu/pdf/welcome_brochures/for_you/working_for_you_de.pdf

Die Basis* wendet sich an die EU und damit erneut an unsere EU-Abgeordnete Evelyne Gebhardt (Teil 2)

Ludwig Dorner

(*wenigstens ein kleiner Teil derselben, aber mit publizistischem Auftrag seines Ortsvereins)

Das Maiheft war schon randvoll mit EU-Ideen, und doch fallen mir noch weitere verbrauchernahe Beispiele ein, wo die EU noch bürgerfreundlicher werden könnte. Für viele Vorschläge gilt weiterhin, dass bei EU-einheitlicher Ausrichtung kaum eines der angeblich so waaaaahnsinnig wichtigen staatlichen Hoheitsrechte nennenswert berührt würde.

Warum muss ich in manchen Ländern tagsüber mit Abblendlicht fahren und in anderen nicht? Wird mein Auto bei Grenzübertritt besser oder schlechter sichtbar?

Warum darf ich meinen angehängten Wohnwagen in Schweden mit 70 km/h, in Deutschland mit 80 km/h und in Frankreich sogar mit 130 km/h auf Autobahnen befahren? Gleichzeitig aber gilt: Tue ich das mit den 130 Sachen, verliere ich trotz "Erlaubnis" den Kfz-Ver sicherungsschutz. Das ist doch bescheuert!

Warum darf ich mir aus dem Urlaub nicht einfach ein Auto mit heimbringen und damit los-

fahren, weil es mir gefällt und vielleicht günstiger ist? Warum muss es erst noch baulich ein bisschen verändert und durch den deutschen TÜV abgenommen werden? In den anderen EU-Ländern verhält es sich umgekehrt ebenso. Würde ein EU-TÜV oder eine EU-ABE (Allgemeine Betriebserlaubnis) nicht denselben Zweck erfüllen können?

Kaufe ich im britischen Supermarkt ein Dutzend Flaschen Bier, streikt die Kasse! Dabei will ich das als Mitbringsel für Daheimgebliebene mitnehmen und keinesfalls an Ort und Stelle "versaufen". Auch wenn das ja gut gemeint ist - das freundliche Ladenpersonal riet, dann halt zweimal durch die Kasse zu

gehen mit jeweils sechs Flaschen ... Soweit, so gut. In Frankreich gibt es auch Restriktionen mit Alkoholischem im Kofferraum. Auch so weit, so gut. Nur, warum kann man das nicht EU-weit vereinheitlichen, so dass jeder weiß, woran er ist? So wie jetzt könnte man als Reisender ungewollt in Kalamitäten kommen.

Ich meine ausdrücklich nicht, dass Lebensmittel und Getränke "vereinheitlicht" werden sollen. Ja nicht!

Geschützte Herkunftsbezeichnungen sollen im Gegenteil noch weit mehr eingeführt und durchgesetzt werden. Das ist dann **EU-Einheitlichkeit in der Vielfalt!**



Parmaschinken soll aus Parma stammen - mit-samt der Sau, aus der er hergestellt wurde. Derzeit wird sie (hoffentlich in geschlachtetem Zustand!) aus aller Herren Länder nach Parma gefahren. Unter diesen Umständen sollte man EU-weit weder von Parmaschinken sprechen noch damit werben dürfen.

Dass aber - wie im April-Füchse dargestellt - ein armes Schwein von Kanada lebend nach Australien und von dort immer noch lebend nach Europa transportiert wird, schlägt dem Fass den Boden aus. Die arme Sau! EU - da herrscht dringlichster Handlungsbedarf!

Warum ist es für mich viel teurer, im "ausländischen" Bregenz statt in Lindau am Geldautomaten etwas abzuheben? Und für Österreicher ist es natürlich umgekehrt genauso ...

Oder der Nichtraucher-schutz: Mann, da ziehen nicht mal die deutschen Bundesländer an einem Strang. Und dennoch: Da müssten doch auch EU-weit dieselben Regeln gelten!

Dasselbe gilt für Wodka an der Tanke.

Warum darf man in Schweden höherprozentigen Alkohol nur in bestimmten Spezialgeschäften für teures Geld kaufen? Reiseführer, die das nordische Land sonst in den höchsten Tönen preisen, warnen Touris vor Horden besoffener Schweden, wenn

diese entweder an bestimmten Feiertagen viel Geld auszugeben bereit sind, oder wenn sie "zollfrei" auf Ostseefähren einkaufen. Da erfüllt die gutgemeinte Prohibition sowenig wie damals in den USA die Erwartungen. Heerscharen besoffener Österreicher, Griechen oder Spanier (usw.) sind zum Beispiel noch nie sonderlich in Erscheinung getreten. Da könnte also auch das eine EU-Land mal wieder vom anderen lernen wollen ... Und zuletzt könnte es eine EU-weit einheitliche Regelung geben. Übrigens, nicht weil EU-Kommission und -parlament was im stillen Kämmerlein ausgeheckt hätten, sondern weil es naheliegend und angebracht ist.

Warum darf ein EU-Bürger, der vielleicht seit Jahrzehnten in Deutschland lebt, Bürgermeister, Kreistag und Gemeinderat mitwählen, aber nicht den Landtag oder gar den Bundestag? Dürfte ich es umgekehrt anderswo?

OK - im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland wird man noch lange auf der linken Straßenseite fahren. Da sehe ich keine Hoffnung auf Änderung. Wie lange Schottland noch dazugehören will, ist eine andere Frage. Und ob die dann - den Briten "zom Bossa" - womöglich die Straßenseite wechseln - wer weiß? Und die Iren? Nun, sie fühlen sich als ein über Jahrhunderte von Briten besetzt gewesenes Gebiet. Sie haben schon längst von Yards und Meilen

auf Meter und Kilometer und von Fahrenheit auf Celsius umgestellt. Auch den Euro haben sie, anders als die Briten, schon längst. Wer weiß, ob also die Autos auch mal rechts fahren wie im übrigen Europa. Ich will damit sagen, der Trend zu Gemeinsamkeiten ist ja durchaus vorhanden, wenngleich noch ausbaufähig. Und genau dazu könnte die **EU noch weiter beitragen.**

Warten wir doch noch ein paar Jährchen ab, dann ist die EU in ganz West-, Mittel-, Nord-, Mittelost-, Süd- und Südosteuropa fast flächendeckend verbreitet. Die **Schweiz** mit-tendrin tritt zwar nicht offiziell bei, hat aber viele ihrer staatlichen Regeln längst an die EU angepasst. So wird bald außer **Norwegen** (wer weiß, was bis dahin ist ...) in Europa groß niemand mehr NICHT in der EU sein. Umso wichtiger wäre es doch, das Leben für die Menschen da zu vereinfachen, wo sie es selber erfahren und verspüren können.

Als weitergehendes und die Hoheitsrechte sogar berührendes Ziel könnte ich mir natürlich auch eine immer weiter gehende Angleichung des Steuerrechts vorstellen - nicht nur, aber auch bei der Mehrwertsteuer. Warum soll eine holländische Gurke in Lindau prinzipiell mehr oder weniger als in Bregenz kosten? Da müssten die Staaten aber selber tätig werden wollen, nicht die EU.



Damals im Juni

Gerhard Tessin

Vor 90 Jahren (1920): Reichstagswahlen

Die Ereignisse der letzten Monate (Versailler Vertrag, Kapp-Putsch, Arbeiteraufstände) veränderten das politische Klima. Bei den Wahlen zum ersten Reichstag (das erste, gesetzgebende Parlament nach der Monarchie war die Nationalversammlung) mussten die Regierungsparteien SPD, Zentrum und DDP eine herbe Niederlage einstecken (6.6.). Hatten sie 1919 noch einen Stimmenanteil von über 75%, so waren es jetzt nur noch knapp 48%. Die demokratische Mitte war zerschlagen. Die SPD fiel von 37,9 auf 21,6%. Sie verlor damit 61 Sitze und stellte nur noch 102. Die politische Enttäuschung der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft hatte sich bemerkbar gemacht: Die USPD konnte ihren Anteil vervierfachen. Die Kommunisten (1919 noch nicht angetreten) zogen mit 4 Sitzen in den Reichstag ein. Die Enttäuschung über die SPD wird an den Ergebnissen in den "roten Hochburgen" deutlich. In Berlin gewann die SPD 1919 36,4%, die USPD 27,6. Bei der jetzigen Wahl kam die SPD nur noch auf 17,5, die USPD aber auf 42,7%. Ähnlich in Sachsen, Wahlkreis Chemnitz-

Zwickau: 1919 SPD 58,7, USPD 6,3%. 1920 bekam die SPD nur noch 31,8, die USPD 17,2%. Die KPD erreichte aus dem Stand 9,2%.

Auch rechts gewannen die radikaleren Kräfte an Gewicht. Die Deutschnationalen konnten ihren Stimmenanteil verdoppeln. Viele aus dem kleinbürgerlichen Wählerpotential gaben diesmal ihre Stimme rechten, der Republik feindlich gegenüberstehenden Parteien. Angesichts der herben Niederlage für die Koalition trat Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mit seiner Koalitionsregierung am 8.6.zurück. Der neue Reichstag konstituierte sich am 24.6. und wählte mit 397 von 420 Stimmen Paul Löbe (SPD) zum Reichstagspräsidenten. In der neuen Regierung waren die Sozialdemokraten nicht mehr vertreten. Der Zentrumsabgeordnete Konstantin Fehrenbach führte als Kanzler eine Koalitionsregierung aus Zentrum, DVP und DDP. Diese Koalition hatte aber keine Mehrheit im Reichstag und war auf die Tolerierung durch die SPD angewiesen. Damit kündigte sich die Crux der Weimarer Republik an. Die wechselnden Kabinette der nächsten Jahre, durchweg unter bürgerlichen Politikern, hatten meistens

keine parlamentarische Mehrheit. Parteienegoismus und mangelnde Kompromissbereitschaft verhinderten Kontinuität und Stabilität. Für eine parlamentarische Demokratie - zumal die erste in Deutschland - eine schlechte Konstellation.

Vor 60 Jahren (1950): Oder-Neiße-Grenze

Begleitet von heftigen Protesten aus dem Westen einigten sich die DDR und Polen. In einem Vertrag wurde die Oder-Neiße-Linie als neue "Friedensgrenze" zwischen den beiden Staaten anerkannt (6.6.). Auch mit dem tschechischen Nachbarn wurde über ein Abkommen verhandelt, in dem die Aussiedlung* der Deutschen aus der Tschechoslowakei für rechtens erklärt wurde. Die Versuche der DDR-Führung, mit den Staaten zu verständigen, die unter der deutschen Besatzung am meisten gelitten hatten, wurden im Westen anders gesehen. Der Bundestag sprach in einer Sondererklärung der DDR das Recht ab, solche Verträge zu schließen. Auch der Präsident des Europarats, Paul Henri Spaak, äußerte sich entsprechend. Wenn die Bundesrepublik erstmal Mitglied im Rat sei, werde man sie in der Forderung nach den deutschen Ostgebieten unterstützen.

**Vor 40 Jahren (1970):
Wahlrechtsreform**

Der Gesetzentwurf der sozial-liberalen Koalition über die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters, der im Bundestag mit Mehrheit verabschiedet wurde, fand auch am 9.6. die Zustimmung des Bundesrates. Somit konnten Bundesbürger künftig mit 18 Jahren wählen und mit 21 Jahren gewählt werden.

Vor 25 Jahren (1985): Mengele für tot erklärt

Die weltweite Fahndung nach dem ehemaligen KZ-Arzt Josef Mengele konnte eingestellt werden. Nach entsprechenden Hinweisen ließen die Behörden in der Nähe von Sao Paulo (Brasilien) ein Grab öffnen, in dem die Leiche des Gesuchten vermutet wurde (6.6.). Nach Exhumierung der Leiche wurde festgestellt,

dass es sich um Josef Mengele handelte. Er sei bereits 1979 bei einem Badeunfall ertrunken. Mengele hatte sich seit 1965 mit einem gefälschten brasilianischen Pass unter dem Namen Wolfgang Gerhard im Land aufgehalten.

Josef Mengele, geb. 1911, Sohn eines Fabrikanten in Günzburg, studierte Philosophie und Medizin. Er wurde 1938 Mitglied der SS. Ab 1943 war er Chefarzt im KZ Auschwitz, wo er Studien betrieb für sein Fachgebiet Erbbiologie und Rassenhygiene. Dort wählte er bei den Selektionen Opfer für seine Menschenversuche aus, hauptsächlich Zwillinge und Menschen mit besonderen Merkmalen wie Zwergenwuchs, Rückgratverkrümmung u.ä. Nach Kriegsende konnte Mengele aus einem britischen Militärgefängnis entkommen. Mit gefälschten Papieren gelangte er über Rom nach Südamerika. Er lebte in

Argentinien, Paraguay und Brasilien. Mengele wurde des Mordes an etwa 2000 Menschen und der Beihilfe zum Mord an weiteren 200 000 beschuldigt. Der Fahndungseifer der Behörden hielt sich, zumindest in den ersten Nachkriegsjahren, in Grenzen. Es gilt als sicher, dass sich der Gesuchte in dieser Zeit nochmals in seiner Heimat aufhielt und sich mit seinen Angehörigen traf.

--

* Bis zum Ende der DDR war der Begriff "Vertreibung" nicht im dortigen Sprachgebrauch. Die "Aus- oder Umsiedler" von Ostpreußen, Pommern und Schlesien, die in der DDR sesshaft wurden, durften sich nicht als das bezeichnen, was sie in den meisten Fällen waren, nämlich Vertriebene.

**(L)eserpost 3**

Lieber Genosse Timo Kabel (Stuttgart),

ich habe mal die OV-Zeitung aus Ehingen „s Rote Füchslé“ (RF) beigelegt, dort sind zwei Beiträge zu S21, einer von MdL Rivoir und der andere von mir. Wie Du siehst: In der Provinz schaut man den Oberen sehr wohl auf die Finger und das RF zeichnet sich hierbei auch immer wieder aus.

Kopie dieser E-Mail an den Chefredakteur Ludwig Dorner.

Gruß aus Blaubeuren

Karl-Heinz Irgang ■

Mittwoch, 5. Mai 2010 13:55 - An: Ivo Gönner; Fraktion Stadtrat Ulm; Martin Rivoir MdL; Günter Neubauer; Klärle Dorner

Betreff: Information zu S21

(...) Am 3.5. hatte die Landesgruppe zusammen mit der Landesgruppe Bayern einen Parlamentarischen Abend bei der Deutschen Bahn AG. Herr Grube hat insbesondere zu S21 Stellung bezogen. Hier seine Ausführungen zusammengefasst:

1. Der unterirdische Bahnhof S 21 macht ohne die Ausbaustrecke Ulm-Wendlingen keinen Sinn.
2. Bezüglich der Ausbaustrecke gibt es noch viele Unsicherheiten (Können die S-Bahn-Gleise genutzt werden, wenn nicht, wie werden die Bürgerproteste auf den Fildern sein, es sind noch nicht alle Streckenteile planfestgestellt). Diese Unsicherheiten wurden auch z.T. durch Tiefensee produziert, der es versäumt hatte, eine Ministererlaubnis zu erteilen.
3. Die bislang bezifferten Kosten von 2 Mrd. werden nicht eingehalten werden können.
4. Der Bahnhof muss weiter gebaut werden um Tatsachen zu schaffen.
5. Aus taktischen Erwägungen wird man mit dem Fällen der großen Bäume bis nach den Landtagswahlen warten.

Es waren ca. 30 Abgeordnete anwesend und etliche Bahnbeauftragte.

Mit solidarischen Grüßen,
Hilde Mattheis MdB



Klara Dorner



Notizen aus der Kreistagsarbeit

Alltagsbetreuer, ein Beruf mit Zukunft?

In der Sitzung des Kultur- und Sozialausschusses vom 10. Mai haben wir einstimmig einen Empfehlungsbeschluss für den Kreistag mit folgendem Inhalt gefasst: Der Kreistag möge der Einrichtung einer zweijährigen Berufsfachschule in Teilzeit zum staatlich anerkannten Alltagsbetreuer an der Magdalena-Neff-Schule in Ebingen zustimmen und die Verwaltung beauftragen, die Zustimmung nach § 30 Schulgesetz beim Regierungspräsidium Tübingen einzuholen.

Die Schulleiterin Frau Dr. Simon-Kuhlendahl berichtete voller Begeisterung von den Schülerinnen und Schülern, die derzeit noch im Schulversuch diese Ausbildung an ihrer Schule machen. Sowohl die Lehrkräfte für den Bereich Pflege wie auch die für den Bereich Hauswirtschaft seien voll des Lobes über diese Klasse. Vor allem die Sozialkompetenz sei außerordentlich. Diese Schule biete jungen Menschen, die sich mit der schulischen Qualifikation etwas schwerer tun, aber menschlich integre Persönlichkeiten seien, eine riesige Chance. Hier erführen diese jungen Menschen, dass sie etwas können und dass sie in

dieser Gesellschaft gebraucht werden.

Wir begrüßen natürlich alle Möglichkeiten, die jungen Menschen eine Zukunftsperspektive aufzeigen. Aber es muss auch die Frage gestellt werden, ob diese Menschen mit dieser Ausbildung dann auch ein eigenständiges Leben fristen können. Diese Frage blieb noch offen, da es noch keine tariflichen Vereinbarungen gäbe.

Aber was tut ein Alltagsbetreuer?

Ich zitiere aus der Website der Berufsfachschule Saulgau:

"Alltagsbetreuer/innen helfen Menschen in ihrem Alltag, indem sie auf einer Pflegestation oder im hauswirtschaftlichen Bereich mitarbeiten. Sie unterstützen bei Sozialkontakten, erledigen Aufgaben der häuslichen Gemeinschaft und lernen grundpflegerische Tätigkeiten kennen.

Die Ausbildung kann mit oder auch ohne Hauptschulabschluss begonnen werden. Wer die Abschlussprüfung besteht, hat damit auch einen Hauptschulabschluss. Es wird eine Ausbildungsvergütung bezahlt.

An der Qualifizierung können Frauen und Männer ohne Altersbeschränkung teilnehmen, die sozial engagiert sind und sich eine betreuerische Tätig-

keit vorstellen können. Sehr gute Zugangsvoraussetzungen haben Teilnehmer, die bereits ehrenamtlich in einem sozialen Bereich tätig sind oder waren oder eine adäquate Ausbildung haben."

Oder aus der Info der Nikolauspflege, einer kirchlichen Stiftung und Mitglied im diakonischen Werk:

"Ziel der Ausbildung zum/r Alltagsbetreuer/-in ist es, Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten für die begleitende Unterstützung von Menschen mit Hilfebedarf bei Alltagsverrichtungen und der Gestaltung des persönlichen Lebensumfeldes zu vermitteln. Im Mittelpunkt der Arbeit eines zukünftigen Alltagsbetreuers stehen Hilfstätigkeiten für erkrankte, behinderte und alte Menschen. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.nikolauspflege.de/einrichtungen/tilly-lahns-tein-schule/berufsfachschule-fuer-sozialpflege/.

Auf meine Nachfrage, ob diese Menschen dann auch selbständig ihre Dienste anbieten müssen oder können, erfuhr ich, dass sie immer nur über einen Träger den Auftrag für ihren Einsatz erhalten werden. Dies ist ein Stück weit beruhigend, da somit der Alltagsbetreuer nicht auch noch einer



Fortsetzung von Seite 9 - Basis/Europ. Parlament

Dabei soll nicht verkannt werden, dass das Europäische Parlament in Sachen Verbraucherschutz ja schon ganz schön viel erreicht hat, von der Deckelung der Handy-Kosten im Ausland über die Kennzeichnungspflicht von Lebensmitteln und in vielen anderen Dingen. Evelyne Gebhardt MdEP informierte uns bisher stets fleißig darüber mit ihrem Blatt "Europa Aktuell", und es wurde immer wieder im Roten Fuchse daraus zitiert.

Falls jetzt wieder mal einer die Lachnummer mit den angeblich irr-

sinnigerweise normierten Traktorsitzen bringen möchte: Das zieht nicht mehr! Man weiß längst, dass dies die DEUTSCHE Schlepperindustrie, zum Beispiel mit Sitz in Marktobendorf (Bayern), durch massiven Lobbyeinsatz quasi erzwungen hat, um ausländische Konkurrenten zu behindern. Die bayerische Staatsregierung hat sich in ihrem Sinne vehement bei der EU für Schleppersitz-Normen eingesetzt ... und anschließend in CSU-Politbierzelten die angebliche Regulierungswut der Brüsseler Bürokraten gegeißelt.

Man kann also seine Wähler auch ganz schön vergackeiern wollen - und so mancher Bierdimpfel (auch außerhalb Bayerns) klatscht dabei tosenden Beifall: "Haut's dia Praiß'n, dia brüsselianischen Sakramenter, dia ..."

Und das Ganze passt dann auch zur diesmaligen Titelgeschichte mitsamt allen Ergänzungen: Nur ja alles schlecht reden, was "Europa" ist. Nebenbei, so gesehen passt dann jener Herr Edmund Stoiber nur recht begrenzt nach Brüssel ... ■

Eine Anregung

Besinnliches zu den Besinnungswegen

Im Bereich der Schwäbischen Alb werden derzeit Besinnungswege eingerichtet. Das ist sicher eine gute Sache. Dazu eine Anregung: An mehr als einer Stelle im Bereich der Großen Kreisstadt (am Groggensee und auf der Ehinger Alb) wurden im Laufe der Jahre 1933-45 Menschen aus geringfügigem Anlass ermordet, darunter auch mindestens ein Jugendlicher.

Es wäre gewiss angebracht, im Rahmen der "Besinnungswege" an passenden Stellen Orte des Gedenkens an diese Opfer des Naziterrors einzurichten. Es könnte in Form von Gedenktafeln oder -steinen geschehen. Die schlimmen Vorgänge kann man nicht mehr rückgängig machen, aber man könnte die Menschen, die auf den Besinnungswegen einhergegangen kommen, anregen, der Opfer still zu gedenken. LD ■

Ministeriales Denken (CDU)

Das diente ihr als Beweis ...

Am 30. April weilte die baden-württembergische Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner in Ehingen. Sie sagte dabei u. a. sinngemäß Folgendes:

Dass Atomkraftwerke bei uns sicher sind, erkennt man daran, dass sie unter Rot-Grün nicht abgeschaltet wurden.

Oha! Ein Trost: Sie räumte immerhin ein, dass das Problem der Endlagerung noch zu lösen sei. Wie, sagte sie freilich nicht. Daraus könnte man schließen, dass die SPD gelegentlich das heimliche Umwelt- (und wohl auch Sozialgewissen) der CDU sei. Nämlich, wenn die Sozen nicht brutalstmöglichst sofort dagegen sind, gestattet sich die CDU zu denken, dass es wohl gerade noch gerechtfertigt sei, was sie tue und lasse. Schließlich hat Rot-Grün ja wirklich nicht über Nacht alle AKWs abgeschaltet, sondern "nur" eine Laufzeitbegrenzung vereinbart. Übrigens: In Gönners Rede kam "regenerative Energien" und "Windräder" vor. Etwas, was in CDU-Kreisen bisher eher zu den Nicht-Wörtern gehörte. Schließlich amtiert hier (noch) ein OB, der sich den Blick auf den Busen nicht von einem Windrad verstellen lassen wollte. Sogar, wenn das hiesige LIEBHERR-Werk spezielle Krane dafür entwickelte und jetzt in großer Zahl baut und gewiss ein guter Steuerzahler für die Stadt ist. LD ■



Es stand vor
10 Jahren
im Roten Fuchse

's Rote Füchse wird 80

Die Juni-Ausgabe des Jahres 2000 ist die 80. des Roten Fuchses.

Aus diesem Anlass gewährt die Landes-SPD einen Zuschuss von DM 500.
[2010: Lang, lang ist's her ...]

Der SPD-Artikeldienst aus Berlin bietet Infos zu:

- Mehr Erziehungsgeld
- EU-Grundrechte-Charta (muss auch soziale Grundrechte enthalten) (tut sie jetzt auch!)
- Video-Überwachung auf öffentlichen Straße und Plätzen?
- Deutschland braucht Zuwanderung
- Neue Konzeption für Bundesjugendspiele (ist bisher nicht angekommen ...)
- Winterreifen Pflicht?
- Förderung von Umwelt- und Naturschutzverbänden
- Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in den neuen Bundesländern
- Pflegeversicherung
- Konsolidierung der öffentlichen Haushalte
- Wirtschaftswachstum
- Sozialhilfe
- Kampfflugzeuge der NATO haben während des Kosovo-Konfliktes in etwa 100 Kampfeinsätzen rund 31 000 Schuss an **uranhaltiger** Munition verschossen.

Hoffen wir sehr, dass der letzte Punkt "uranhaltig" einmalig bleibt. Andere Punkte scheinen zeitlos aktuell zu sein ...

Weitere damalige Themen:

- Russland-Aussiedler, woher sie kommen, warum sie Deutsche sind und doch anfangs oft kaum Deutsch sprechen können.
- "Wo bleibt er bloß?" Prof. Dr. Jürgen Meyers übervoller Terminkalender im Laufe eines Monats wird abgedruckt. ■

☒ (A)bgestimmt — wie?

's Rote Füchse berichtet, wie einige unserer Mandatsträger/-innen in letzter Zeit abgestimmt haben. Sie haben dies freundlicherweise mitgeteilt. Danke!

j = ja, zugestimmt — n = nein, abgelehnt — e = enthalten

Evelyne Gebhardt, MdEP

1	Internal Market Scorebord	j
2	Anti Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) siehe: www.heise.de/newsticker/meldung/EU-Parlament-laesst-bei-Anti-Piraterie-Abkommen-ACTA-die-Muskelnspielen-950353.html	j

Hilde Mattheis MdB

1	SPD-Antrag: Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags-, und Nachtarbeit erhalten	j
---	--	---

Martin Rivoir MdL

1	Antrag der Fraktion der SPD: Sicherung der Gewerbesteuer als wesentliche Finanzierungsquelle der Kommunen	j
2	Gesetz zur Änderung des Landesheimgesetzes	n
3	Antrag der Fraktion der SPD: Das Hochschulrecht ändern für den Hochschulzugang beurflich qualifizierter Menschen	j

Klärle Dorner, Kreisrätin

1	Einrichtung einer zweijährigen Berufsfachschule in Teilzeit zum staatlich anerkannten Alltagsbetreuer	j
2	Anerkennung der Schlussabrechnung Valckenburgschule, Einrichtung einer Gastküche in Höhe von rund 251 840 €	j

Manfred Hucker, Gemeinderat

1	Bebauungsplan 1. Änderung Rosengarten West	j
2	Bebauungsplan Gewerbegebiet Ost im Teilort Schaiblishausen (Aufstellungsbeschluss)	j

Georg Mangold, Gemeinderat und Frakt.-Vorsitzender

1	siehe Seite 7	-
---	---------------	---

Joachim Schmucker, Gemeinderat

1	?Änderung Bebauungsplan Rosengarten: Gebäudeausrichtung nach Süden, um Solarnutzung zu ermöglichen	j
2	Bebauungsplan Gewerbegebiet Schaiblishausen zur Betriebserweiterung eines Schweinehändlers	j

Lesen wollen, womit sich die Parlamente befassen...



Brüssel, 12.05.2010

Peter Simon:
"Eine zukunftsfähige Eurozone braucht umfassende Reformen"
 Vorschlag der Kommission zur Stärkung des Stabilitätspaktes weist den richtigen Weg

Die Pressemitteilung von Peter Simon SPD-MdEP wurde noch kurzfristig ins Rote Füchle aufgenommen. ■

Der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete Peter Simon begrüßt die heute vorgestellten Pläne von Wirtschafts- und Währungskommissar Olli Rehn zur Stärkung des Stabilitätspaktes: "Damit sollen nachhaltige Konsequenzen aus der aktuellen Situation gezogen und präventive Kontrollmechanismen vorgeschlagen werden. Hierdurch wären wir wieder in der Lage zu agieren und nicht nur wie in den letzten Monaten erst zu reagieren, wenn es bereits zu spät ist." Der Vorschlag von Rehn sieht u. a. vor, dass sämtliche Eurostaaten ihre Haushaltsentwürfe der EU-Kommission noch vor der Verabschiedung in den nationalen Parlamenten vorlegen müssen. Die Kommission soll die nationalen Pläne dann mit Blick auf die Auswirkungen auf die Eurozone prüfen. "Ob dieser Mechanismus auch funktioniert wird davon abhängen, wie bindend die Vorgaben aus Brüssel für die Mitgliedstaaten sind. Da wird so mancher umdenken müssen. Um nicht zu einem bloßen Spardiktat zu werden, sollte eine solche Haushaltskontrolle zudem mit klaren wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Zielen verknüpft werden. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass es zu einer besseren wirtschaftspolitischen Koordinierung auf europäischer Ebene keine Alternative gibt. Während wir als Sozialdemokraten in Deutschland damit ebenso wie mit unserer Forderung nach einer auf EU-Ebene angesiedelten Kreditlösung für strauchelnde Mitgliedsstaaten noch bis vor kurzem ziemlich alleine da standen, ist jetzt jedem klar, dass nur gemeinsame europäische Lösungen in Frage kommen", so Simon.

"Außerdem war es enorm wichtig, dass zeitnah nach der Verabschiedung des beispiellosen Eurorettungspaketes von bis zu 750 Milliarden Euro am letzten Montag weitere konkrete flankierende Maßnahmen auf den Weg gebracht werden. Nur so können wir den Finanzmärkten auch ein nachhaltiges Signal geben", so der Mannheimer Simon weiter. "Der Gesetzentwurf zur Stärkung des Stabilitätspaktes und die Einführung eines europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus sind aber nur die eine Seite der Medaille. Wirklich zukunftsfähig ist die Eurozone nur, wenn wir parallel dazu die Finanzmarktregulierung weiter vorantreiben. Schließlich geht es nicht nur darum, die Verursacher der Krise an den Kosten zu beteiligen, sondern effektive europäische Aufsichtsstrukturen zu schaffen, die den offensichtlichen Fehlentwicklungen auf dem Finanzmärkten entgegenreten", so Simon. Bereits an diesem Montag hatte sich der Wirtschafts- und Währungsausschuss für drei neue europäische Aufsichtsbehörden ausgesprochen, die Banken Versicherungen und den Wertpapierhandel überwachen. Anfang nächster Woche stimmt er in Straßburg über mehr Transparenz- und Offenlegungspflichten für Hedge-Fonds und Private-Equity-Unternehmen ab. "Da können wir ein weiteres wichtiges Zeichen setzen. Ansonsten bleiben wir auch zukünftig nur Spielball der Spekulanten und die nächste Krise ist vorprogrammiert", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

Für weitere Informationen: Büro Peter Simon. Tel. 0032 2 2849558

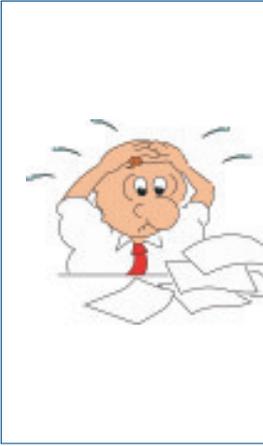
■ ■ ■ Fortsetzung von Seite 12 - Kreistag

wirtschaftlichen Konkurrenz aussetzt ist. Gebraucht werden diese Menschen sicher - auch im Alb-Donau-Kreis, in dem derzeit bereits 1550 Pflegeplätze zur Verfügung stehen.

Ich wünsche mir aber von unserer Gesellschaft, dass sie dann auch bereit ist, diesen Beruf angemessen zu honorieren.

Manchmal habe ich den Eindruck, dass viele Menschen

gerne Dienstleistungen entgegennehmen, aber nicht bereit sind, sie auch entsprechend zu würdigen - zum Beispiel mit einer menschenwürdigen Entlohnung. ■

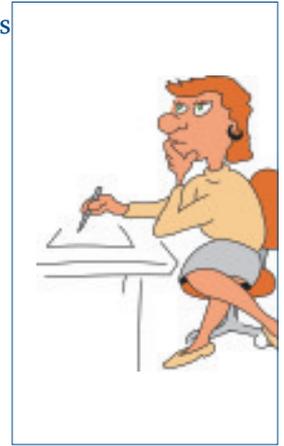


Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. (Grundgesetz Artikel 21)

's Rote Füchsele hat wieder seine Leserschaft* gefragt, was sie von aktuellen Fragen hält.

(R)umgefragt

*Lust mitzumachen, auch wenn du auswärts wohnst?
Einfach E-Mail an Rotes.Fuechsele@t-online.de



Das war die Frage:

Stuttgart 21/Neubaustrecke Wendlingen-Ulm: sinnvoll und notwendig (auch) für unsere Region oder sinnlose Geldverschwendung und unhaltbare Versprechen? ■

Wenn man über Stuttgart 21 diskutiert, muss die Argumentation meiner Meinung nach dadurch beginnen, dass schon jahrelang über die Verkehrspolitik in der Bundesrepublik konträr und einseitig diskutiert wird und vor allem gesteuert durch eine bestimmte Lobby.

1. Auffallend ist, dass sich Spediteure aus dem ganzen Land für den Ausbau von Autobahnen und Bundesstraßen stark machen. Warum wohl?

2. Verkehrspolitik und ökologisches Handeln auf einen Nenner zu bringen, geht nur in Zusammenhang mit der Schiene.

3. Jahrzehntlang hat man es in der Bundesrepublik versäumt, eine nachhaltige Verkehrspolitik zu betreiben, die auch ökologisch vertretbar ist.

4. In den 1930er Jahren war das Deutsche Reich in der Eisenbahntechnik führend auf der ganzen Welt, wenn auch die Gründe andere waren als nur Personenbeförderung.

5. In den Anfangsjahren der BRD waren Bahn und Post wichtige Instrumente zur Globalsteuerung der Bundesregierung, beides wurde aufgegeben.

6. Hätte man in den Nachkriegsjahren konsequent die Eisenbahn weiterentwickelt, wären uns viele heutige Verkehrsprobleme erspart geblieben und es wäre auch möglich, mit einem ausgedachten Konzept den Güterverkehr auf die Schiene zu verlagern. Dies ist nach heutigem Zustand der Bahn nicht möglich, zumal im ganzen Land die Infrastruktur des Güterverkehrs abgebaut wurde. Die Frage darf gestellt werden: zugunsten von wem?

7. Wichtig wäre gewesen, Personenverkehr und Güterverkehr auf getrennten Schienewegen fahren zu lassen.

8. Als Beispiel sei diesmal positiv die Schweiz genannt. Die Schweizer lieben ihre Bahn und nützen diese auch. In der Schweiz ist der ÖPNV fast traumhaft geregelt, obwohl sich dort landschaftlich und geolo-

gisch eine bedeutend schwierigere Situation darstellt.

9. Wer sich gegen den Bahnausbau Stuttgart 21 sperrt und weitere Objekte des Bahnausbaus verhindern möchte, sollte sich einmal an einem ganz normalen Werktag auf unsere Autobahnen wagen. Endlos LKW-Verkehr (rollende Lagerkapazität) und dadurch bedingt Staus und Unfallgefahren. Mittlerweile fehlt es ja schon an Parkplätzen an den Autobahnen für Lkws und Forderungen seitens dieser Lobby nach Bau von solchen werden laut.

Also, was ist das Fazit: ja zur Bahn, ja zu Stuttgart 21 und ja zu weiteren Investitionen für dieses Verkehrsmittel, ohne Wenn und Aber und zum Nutzen der ganzen Bevölkerung.

Übrigens, ich habe 41 Jahre in Ulm gearbeitet (Schichtbetrieb), und davon musste ich 35 Jahre mit dem Auto zur Arbeit fahren. Da habe ich die letzten sechs Jahre, in denen ich zur Normalzeit arbeitete, die Zugfahrt zur Arbeit regel-



recht genossen und dabei noch einen Haufen Geld gespart.

Lutz Deckwitz
Mühlen

Dass es ein Projekt Ulm-Stuttgart gibt, halte ich durchaus für sinnvoll, weil der Alaufstieg einfach ein großes Hindernis darstellt und die Strecke ertüchtigt werden muss. Auch die Anbindung an den Flughafen finde ich richtig. Die Frage ist nur, muss die Schnellbahntrasse direkt in Stuttgart münden oder könnte eine wie auch immer geartete andere Verbindung vom Flughafen nach Stuttgart führen? Ich weiß es nicht.

Wenn man den Informationen von Martin Rivoir glaubt, könnte der Zug auf den vorhandenen Trassen nicht noch zusätzlich geführt werden, weil kein Platz da ist. Frage: Müsste dann eine zusätzliche Trasse von Esslingen aus gebaut werden oder könnte man eine der vorhandenen Trassen ummünzen?

Weiter gibt es zu bedenken: eine Schnellbahntrasse ist mit viel Lärm verbunden. Ich war vor kurzem in Esslingen. Was da bisher bereits den Anwohner/-innen zugemutet wird als Lärmbelästigung, ist schon enorm. Hinzu kommt noch der Flugverkehr. Mindestens alle 1-2 Minuten ein Flugzeug. Alle 4 bis 5 Minuten ein Zug. Dass man da eine Führung durch ein Tunnel bevorzugt, kann ich verstehen. Aber: Ist die Sicherheit beim Tunnelbau gewährleistet? Siehe die Erfahrungen

in Köln oder in Staufen (vergl. die Ausführungen von Karl-Heinz Irgang). Da die Trasse so mit Problemen behaftet ist, stellt sich mir eine grundsätzliche Frage: Brauchen wir wirklich diesen Zeitgewinn von bisher 20 bis 25 Minuten? Was wäre, wenn wir eine Nummer bescheidener, vielleicht dann auch etwas langsamer, aber alle Gefahren, die in diesem Projekt - so wie es jetzt beabsichtigt ist - möglichst vermieden werden könnten? Ich will nicht aufrechnen, was man mit dem eingesparten, weil nicht noch zusätzlich auszugebenden Geld tun könnte - das ist albern. Aber wir können Geld nur ein Mal ausgeben. Ich habe meine Zweifel, ob nach diesem großen, nicht kalkulierbaren Projekt noch Geld für die Region bleiben würde.

Ob die Elektrifizierung der Südbahn, der Ausbau der Bahnlinie Ulm-Freiburg und damit eine Anbindung der Region an die "Magistrale" noch finanzierbar sind? Was nützt uns die schnelle Anbindung ab Ulm - wenn sich rundum die Zubringer weiterhin auf der "Kriechspur" befinden? Und übrigens, nicht jede/r will und muss nach Stuttgart.

Zum Thema Hauptbahnhof - Stuttgart 21. Ich gönne den Stuttgartern eine Erweiterung der bebaubaren Fläche in ihrer Stadt. Aber weshalb sollen sich alle Steuerzahler (nicht nur indirekt) an diesen Kosten beteiligen?

Wenn ich so die Fürs und die Widers abwäge, greift in mir eine Angst um sich, die mir sagt: Stoppt dieses Projekt und

plant etwas bescheidener. Es könnte ein Fass ohne Boden werden.

Klarle Dorner
Griesingen

Schon seit der Antike wird Größenwahn immer bestraft. Geändert hat sich nur, dass damals die Größenwahn-sinnigen bestraft wurden, heute sind es die Steuerzahler, die Größenwahnsinnigen bleiben fast immer unangetastet. So wird es auch bei den Bahnprojekten sein - egal wie viele Milliarden am Ende fehlen, der Steuerzahler wird's schon richten.

Anderer Beweis: Finanzkrise; Die vielen Boni, überzogenen Gehälter, Aktienoptionen und Zockergewinne sind und bleiben privat = viele, viele Milliarden. Der Dreck (bad bank) wird dem Steuerzahler aufs Auge gedrückt. Wir sollen bis 67 Jahren arbeiten, damit "unsere" Wirtschaft stark bleibt. Wann gehen die bald bankrotten* Staatsbürger (*griech./ital./ engl./portug.) in Rente? Irgendwoher muss das Geld, das die Regierung(en) europaweit nach wie vor milliardenweise versaubert, doch herkommen. Wenn es gar nicht mehr anders geht, vom Steuerzahler.

Georg Mangold
Ehingen

Wenn das Projekt Stuttgart 21 so sgebaut wird wie von Martin Rivoir dargestellt, dann ist es ein Gewinn für die ganze Region. Aber noch ist es nicht so weit. Der Alaufstieg war für Bahn und Autobahn bereits 2004 baureif





geplant, geschehen ist mangels Geld nichts. Zweifel am Gelingen sind berechtigt.

Gerhard Müller
Ehingen

Ich hatte mich mit diesem Thema bisher nicht so intensiv beschäftigt. Deshalb habe ich keine klare Position. Das gilt auch nach der Lektüre der beiden Beiträge im Fuchsele. Es gibt sowohl Pro- als auch Contra-Argumente, die mich ansprechen.

Was mich bei so großen öffentlichen Bauvorhaben immer wieder aufregt, sind die enor-

men Kostensteigerungen von der Veranschlagung bis zur Vollendung. Bei diesem Projekt mag ich die Untrennbarkeit Bahnhof-Neubau plus Ausbau des Alaufstiegs nicht einsehen. Wenn ich richtig informiert bin, wäre letzteres schon vor Jahren möglich gewesen. Ich zweifele auch an der wirtschaftlichen Notwendigkeit des Vorhabens. Wie gesagt, ich kann mich nicht deutlich dafür oder dagegen aussprechen. Aber ich bin skeptisch, schon wegen der immens hohen Kosten.

Gerhard Tessin
Ehingen

Wenn man Stuttgart 21 von der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm trennt, fällt die Antwort vielleicht leichter. Denn das eine braucht's und das andere könnte man ankopeln, ohne gleich Milliarden aus dem Fenster zu werfen. Aber wir reden über schon gelegte Eier. Wollen wir uns vielleicht gleich auch darüber unterhalten, wie Griechenland seine gigantische Staatsverschuldung hätte vermeiden können? Oder ob Griechenland nicht besser gleich wieder zurück zur Drachme gewollt werden sollte?

Dieter Volgnandt
Ehingen

Kommunen in Not sparen bei den Alten Pflegebedürftige mit Sozialhilfe müssen in Billigheime

Die Stadt Mannheim will eine Steuerung der Heimbewohner mit Sozialhilfebezug (Hilfe zur Pflege) in die Häuser von Anbietern mit niedrigeren Pflegesätzen, durch Deckelung über Maximalbeträge. Auch die Sozialämter anderer Städte und Landkreise in Baden-Württemberg seien angewiesen, nach (schwarzen) Listen Pflegebedürftige aus dieser Gruppe entsprechend zu „lenken“.

Pflegebedürftige, deren eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, um die Heimkosten selbst zu tragen, können danach faktisch nicht mehr frei wählen, in welchem Heim sie leben möchten. Wie das diakonische Werk Baden mitteilt, gehen einige Sozialämter schon so weit, dass sie auch diejenigen, die bereits in einem Heim leben auffordern, in ein billigeres Heim umzuziehen. Die Stadt Mannheim geht davon aus, dass jeder Dritte Pflegeheimplatz von Pflegebedürftigen belegt ist, die ergänzende Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Die Differenz zwischen billigen und teuren Heimen resultiert in der Hauptsache aus Personalkostenunterschieden, die sich ergeben aus der Anzahl und Qualifikation des eingesetzten Personals und vor allem, ob Tariflohn oder keiner gezahlt wird.

Greift diese Praxis aus Baden-Württemberg um sich, werden nur noch Selbstzahler - also nur noch Vermögende - ein Pflegeheim mit guter Qualität sowie mit ausreichend und qualifiziertem Personal selbst auswählen können. Bei allen anderen, die ihr Vermögen bei langer Pflege aufgebraucht oder deren Einkommen nicht für die Heimkosten ausreicht, bestimmt das Sozialamt nach der „Billig-Preisliste“, in welches Heim der Betroffene einzuziehen bzw. umzuziehen hat.

Auszug aus einem Infoblatt der Gewerkschaft Ver.di. Der Abdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung des Herausgebers.



Landtagswahl 2011

SPD nominiert für Landtagswahl 2011 zwei junge Kandidaten

Gerhard Lindner, SPD-Kreisschifführer, Holzkirch

Im "Löwen" in Blaubeuren nominierte der SPD-Kreisverband seine Kandidaten für die Landtagswahl am 27. März 2011. Alex Kübek als Erstkandidat und Stephanie Bernickel als Zweitkandidatin werden zur Landtagswahl für den Wahlkreis 65 in den Wahlkampf ziehen.

Der 43jährige IT-Fachmann Alex Kübek aus Untermarchtal bewirbt sich für die Erstkandidatur. Er berichtet, dass sein Interesse an Politik schon früh geweckt wurde: beim Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Schmidt im Jahr 1982.

In seiner Vorstellungsrede weist Alex Kübek auf die Defizite im Schulbereich hin: "Lehrermangel, Unterrichtsausfall, Schließung von Schulen, überforderte Lehrer und Pädagogen, zu viel Unterrichtsstoff in zu kurzer Zeit, zu volle Klassen, zu volle Lehrpläne und keine Zeit mehr, um sich individuell für manche Zeit zu nehmen ..." und fordert weiter: "Ein hinreichendes Angebot von Ganztageschulen ist im ländlichen Raum besonders geboten, somit werden sie gerade hier zum Standortvorteil für Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie für die Kommunen ..."

Umfangreiche Ausführungen widmet der Kandidat der Jugendarbeit. Er erläutert seine Vorstellungen zum demografischen Wandel und zum ländlichen Raum, zur ärztlichen und medizinischen Versorgung und

gelangt über Wirtschaftsförderung, Verkehr und Infrastruktur bis zur Landwirtschaft.

"Wir Parteien sollten uns wieder auf das Wesentliche und die Menschen konzentrieren und uns nicht durch interne Machtkämpfe gegenseitig Steine in den Weg legen und die Zeit besser nutzen, um Lösungen zu erarbeiten.

Das ist unsere Arbeit und dazu sind wir gegenüber unseren Wählern verpflichtet", fordert der Kandidat und stößt mit diesen Ausführungen jedoch bei einem Blaubeurer Genossen auf harsche Kritik. Ebenso bitten mehrere der Anwesenden darum, dass Alex Kübek seine politischen Aussagen präziser formulieren und klare Positionen beziehen möge.

26 Stimmzettel werden bei der Wahl des Erstkandidaten abgegeben. Für Alex Kübek stimmen 17 Wahlberechtigte, es gibt 4 Enthaltungen und 5 leere Stimmzettel.

Die 21jährige Studentin (Finanzdienstleistungen) Stephanie Bernickel aus Ehingen bewirbt sich um das Amt der

Zweitkandidatin. Sie ist Kreisvorsitzende der Jusos im Alb-Donau-Kreis und seit 2006 Mitglied der SPD. Im zurückliegenden Jahr hat sie sich aktiv bei den Kommunalwahlen sowohl als Kandidatin wie auch als Wahlhelferin stark engagiert.

"Wir stehen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Aufgaben, für deren Lösung es ein gehöriges Maß an Kreativität und Mut braucht", sagt die Bewerberin und meint damit den demografischen Wandel und dessen Folgen und eine Umstrukturierung des Bildungssystems. "Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt, entscheidet sich schon im Kindesalter. Die hiesige Landesregierung sonnt sich zu Unrecht im Slogan 'Kinderland Baden-Württemberg'".

Die Wahlkommission berichtet: 26 Stimmzettel wurden abgegeben. Für Stephanie Bernickel stimmten 25 Wahlberechtigte, weiter wurde 1 leerer Stimmzettel abgegeben.





Nicht nur kühler Tipp für heiße Tage

Bewässerung

Manfred Kistler

Demnächst ist es wieder soweit, unsere Gemüse- und Ziergärten müssen wieder künstlich bewässert werden. Das ist Grund genug, sich einmal generell mit diesem Thema zu befassen. Schließlich ist Leben in unserem Sinne ohne Wasser nicht möglich.

Wasser ist nicht knapp. Trinkwasser, also Süßwasser, gibt es auch genug, allerdings nicht immer an der richtigen Stelle. Insbesondere in dem nördlichen Trockengürtel, parallel zum Äquator, ist Süßwasser seit Menschengedenken knapp und muss bewirtschaftet werden.

Können wir aus den dortigen Gegebenheiten lernen? Evtl. auch Verständnis für eine sinnvolle Entwicklungshilfe herleiten? Ich möchte Ihnen einige Beispiele vorführen. Die beschriebenen Gebiete wurden fast alle von mir im Rahmen von Studienreisen gesehen.

● Kambodscha-Angkor

Durch chinesische Quellen ist aus dem Mittelalter bezeugt, dass im Gebiet von Angkor große Bewässerungsanlagen vorhanden waren. Es waren drei Ernten im Jahr möglich. Das Wasser des Monsunregens, der auf die nahen Hügel niederging, wurde in großen Becken (Barays) gesammelt. Vermutlich wurden aus den Becken die angrenzenden abgestuften Felder geflutet, das Wasser versickerte und blieb als Grundwasser für die Landwirtschaft nutzbar. Heute ist die gesamte Gegend versteppt, eine funktionierende Bewässerung findet längst nicht mehr statt. Das Land kann

seine Bevölkerung nicht ausreichend ernähren.

Im Spätmittelalter zerfiel die Khmer-Führungsschicht. Die Organisation und die Führung der Anlagen funktionierte nicht mehr. Die Anlagen zerfielen und wurden von der Natur zurückerobert. Während der Herrschaft der Roten Khmer, unter der Führung von Pol Phot, wurde die gesamte mittlere und obere Intelligenzschicht des Volkes vernichtet. Ein noch vor wenigen Jahrzehnten vorhandenes Wissen ist dadurch verloren gegangen.

Was ist zu tun? Zuerst muss in diesem Land wieder eine heimische, funktionierende Führungsschicht aufgebaut werden. Alles andere hätte keine nachhaltige Wirkung.

● Oman – Küstengebirge

Im Küstengebirge entlang des Indischen Ozeans ergehen während des Monsuns starke Regenfälle. Leider sind diese Regengebiete in stark zerklüftetem unfruchtbarem Gebirge. Bereits vor Jahrhunderten haben Bewohner der Küstengebiete dieses Wasser im Gebirge aufgefangen und durch Tunnels und meist abgedeckte Kanäle zu ihren Feldern geleitet.

Dieses System funktioniert auch heute noch. Es wird betreut durch ortsansässige „Wassermeister“. Die notwendigen Erhaltungsarbeiten werden von den Nutzern in Frondienstleistungen erbracht. Die Führung des Landes ist vorwiegend in Stammeshand.

Was ist zu tun? Beispiel nehmen!

● Jemen – Marib, ehem. Königreich Saba

Vor ca. 2500 Jahren errichteten die Sabäer im Bereich der heutigen Oase Marib Bewässerungsanlagen. Die Oase konnte dadurch ca. 50 000 Menschen ernähren. Die Wasserströme der Monsunregen aus dem südlich gelegenen Gebirge wurden in aufwendige Wasserverteilungskanäle geleitet. Die Ackerflächen wurden damit überflutet. Das Wasser versickerte in das Grundwasser und blieb dort für die Trockenzeit natürlich gespeichert. Es kam zu etlichen Dammbürchen, die mit hohem Aufwand behoben werden mussten. Nach dem letzten Dammbuch im 6. Jh. n. Chr. wurden die Dämme nicht mehr instand gesetzt.

In der Neuzeit wurde ein Hochdamm für einen offenen Stausee errichtet. Das aufgestaute Wasser ist längst bakteriell verseucht und verdunstet zudem nutzlos. Die



Oase kann heute weniger als 5000 Menschen ernähren. Die Gegend ist sog. Stammesgebiet, besiedelt mit islamisch strenggläubigen Wahabiten. Analphabetenrate Frauen 70%, Männer 30%, Bewaffnung der Männer ab 12 Jahren mit Kalaschnikow und Tokarew (Pistolen) über 90%.

“Wenn Allah gewollt hätte, dass hier etwas geändert wird, hätte er es in den Koran geschrieben“ ist ein weit verbreiteter Spruch.

Was ist zu tun? Mit Hilfe gemäßigter islamischer Glaubensbrüder die Analphabetenquote drastisch senken. Danach Rekonstruktion der antiken Anlagen.

● **Ägypten – Nil**

Seit Urzeiten überschwemmte der Nil jährlich das Tal. Er füllte dabei den Grundwasserspiegel auf und lagerte zusätzlich fruchtbare Sedimente auf den Feldern ab.

Unter Präsident Nasser wurde mit Hilfe der UdSSR bei Assuan ein Hochdamm erbaut. Dieser staut das Nilwasser zu einem riesigen Stausee auf. Unterhalb des Dammes bleiben dadurch die Überschwemmungen aus, der Grundwasserspiegel ist gesunken und die Düngung durch die Sedimentablagerungen blieb aus. Kurz, der landwirtschaftliche Ertrag ist stark gesunken. Weiter befindet sich der Damm in dem potentiellen Krisengebiet Nahost. Im gefährdeten Überschwemmungsgebiet leben ca. 50 Millionen Menschen. Jetzt wird versucht mit einem Kanal den Staudamm zu umgehen.

● **Tunesien – Oase Tozeur, Chott el Djerid**

Der Chott, ein Salzsee, liegt in einer Senke westlich von Djerba. Fällt in der Sahara Regen, wird ein großes Gebiet in Algerien in diese Senke entwässert. Das Wasser nimmt in der Wüste Salz auf und wird dadurch landwirtschaftlich unbrauchbar. Wegen der geologischen Bedingungen kann das Wasser nicht in das Grundwasser gelangen, es verdunstet, das Salz bleibt übrig. Direkt daneben befindet sich eine Oase mit Süßwasser. Sie bezieht dieses aus einem Brunnen mit Grundwasser, der Vorrat stammt aus der letzten Eiszeit. Die Sahara war während der letzten Eiszeit fruchtbares Land. Die Oase wird seit Menschengedenken landwirtschaftlich intensiv genutzt.

Diese Nutzung ist bis heute erhalten. Durch systematische Bepflanzung erreicht kaum ein Sonnenstrahl den Boden. Das Dach bilden die hochwüchsigen Dattelpalmen, dazwischen stehen Obstbäume und Sträucher mit mannshohem Wuchs, am Boden haben noch Gemüsepflanzen Platz. Die Verdunstung des kostbaren Wassers wird so minimiert. Die Bewässerung erfolgt nach genauem Zeitreglement durch Überflutung mit anschließend längerer Trockenphase.

Was ist zu tun? Beispiel nehmen.

Wenn man die vorhergehenden Beispiele näher betrachtet sprechen folgende Faktoren für gute Erfolge:

- es ist eine straffe politische Führung erforderlich
- es ist eine ausreichende Bildung erforderlich

- die Trägerschaft gehört in die Hände der Nutznießer
- es sind viele Jahre für einen Aufbau erforderlich
- eine ständige Pflege der Anlagen ist erforderlich
- die Anlagen sind als komplexe Systeme zu betrachten
- Vermeidung von Verlusten durch direkte Sonneneinstrahlung.

Versagensgründe sind:

- Die straffe Führung ist zerfallen.
- Wissen aus der Vergangenheit ging verloren
- Mangelnde Bildung verhindert das Verstehen der Vergangenheit und die Gestaltung der Zukunft.
- Die Vergangenheit wurde nicht ausreichend analysiert, es wurden nicht alle Einflüsse berücksichtigt.
- Entwicklungshelfer haben die örtlichen Gegebenheiten nicht genügend beachtet.

Die Bewässerung meines Gartens hat im vergangenen Jahr, trotz Nutzung von Regenwasser, ca. 150,- € gekostet. 100€ wurden dabei vollkommen nutzlos an die Stadt als Abwassergebühr bezahlt. Es lohnt sich also sehr wohl nachzusehen, welche Erkenntnisse privat von Nutzen sein könnten.

- am Abend wässern, Verdunstung vermeiden
- großzügig wässern, dafür nicht so oft, das Wasser muss in die Tiefe
- Sprinkler- oder Beregnungsschläuche unterirdisch verwenden
- mulchen, um Verdunstung zu vermeiden
- Regenwasser in Tanks und Zisternen auffangen
- Fremdherrschaft über die heimische Wasserwirtschaft verhindern (z.B. Cross Border Leasing-Geschäfte) ■



's Rote Füchse hat im Maiheft Evelyne Gebhardt MdEP gefragt ... Hier kommt ihre Antwort:

Liebes Rotes Füchse, ...

Evelyne Gebhardt MdEP

... na, das ist doch mal eine nette Überraschung, mich in deine Serie über die neue Regierung der EU mit einzubeziehen. Als treue Leserin beantworte ich natürlich deine Fragen gerne und möchte auch den anderen Leserinnen und Lesern ans Herz legen, sich bei Fragen zur EU jederzeit gerne an mich zu wenden. An meinen Antworten wirst du auch erkennen, dass einiges in Europa schon auf den Weg gebracht ist- und doch gibt es - gerade was das Verbraucherrecht angeht, noch viel zu tun.

Frage 1: Telefonieren mit Vorwahlnummern

Tatsächlich haben wir in ganz Europa mittlerweile eine einheitliche Notfallnummer, auf die alle Bürger und Bürgerinnen zugreifen können - nämlich die 112. Eine gute, eine wichtige, weil manchmal auch lebensrettende Sache.

Doch auch, was die europäischen Vorwahlnummern angeht, könnte sich in fernerer Zukunft noch einiges ändern. Derzeit muss man zwar noch die 0049 vorwählen, wenn man vom Ausland aus einen Anschluss in Deutschland erreichen will. In dem 2009 vom Europäischen Parlament beschlossenen Rechtsrahmen für die Telekommunikationsbranche (sog. Telekom-Paket) wurde aber beschlossen, die Entwicklung einer einheitlichen Vorwahl für alle EU-Länder voranzutreiben.

Unter der Vorwahlnummer +3883 wären dann alle Anschlüsse innerhalb der EU erreichbar. Als fünfte Ziffer der europäischen Vorwahl stünde entweder die 1 (38831) für öffentliche Einrichtungen, die 3 (38833) für Kundendienste (z.B.

Call Center), die 5 (38835) für Unternehmen, oder die 7 (38837) für Privatpersonen. Danach könnten noch bis zu neun weitere Stellen folgen.

Insofern, liebes Rotes Füchse, wird wohl zukünftig sowohl das System der europäischen Vorwahlen als auch das der Sondernummern einheitlicher und - hat man sich erstmal darauf eingestellt - sicher auch einfacher machen. Wann das kommt, kann ich heute leider noch nicht sagen.

Frage 2: Auslandstarife:

Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Europäischen Parlament haben uns sehr dafür eingesetzt, dass die früher vorherrschende Abzocke bei Handygesprächen aus dem Ausland seit 2007 entschärft wurde. Für mich war das ein ganz wichtiger Schritt zur Verbesserung des Verbraucherschutzes in Europa. Noch vor nicht allzu langer Zeit verlangten Anbieter nämlich völlig überhöhte Gebühren für Handygespräche aus dem EU-Ausland nach Hause oder umgekehrt. Das konnte so nicht weitergehen.

Mittlerweile gibt es eine entsprechende Verordnung, die das Europäische Parlament 2007 angenommen hat. Schon zur Urlaubszeit des gleichen Jahres mussten die Anbieter deshalb ihre Preise senken.

Die Verordnung hat aber noch weitere Vorteile: Die Verbraucher und Verbraucherinnen sparen Geld und können durch kürzere Laufzeiten schneller aus ungünstigen Verträgen herauskommen. Die Tarife sind jetzt auch viel transparenter. Zudem wurden die Gebühren für SMS, MMS und Datenroaming ins EU-Ausland allgemein gesenkt. Verbraucher und Verbraucherinnen spüren bereits den Unterschied in ihrem Geldbeutel. Denn die neue Regelung führt eine Abrechnung per Sekunde statt per Minute ein. Auch der Preis für eine SMS ins europäische Ausland liegt jetzt noch bei höchstens 11 Cent.

Frage 3: Internetkosten im Ausland

Auch bei den Internetkosten konnten wir die Datenroamingentgelte senken, also die Kosten, die im Ausland für das



Surfen im Web oder den Abruf von Filmen mit einem Handy anfallen. Die Preisgrenze von 1 € pro Megabyte wird bis 2011 auf 0,50 € fallen.

Trotzdem rate ich dazu, die Internetverbindung des Handys im Ausland erstmal abzuschalten, es sei denn der abgeschlossene Flatrate-Vertrag gilt ausdrücklich auch für die anderen EU-Mitgliedsstaaten. Wenn der europäische Telekommunikationsmarkt sich nicht weiter in diese Richtung bewegt, dann müssen wir, die Europäischen Abgeordneten, Druck machen, dass diese zusätzlichen Kosten, die an sich keinen Mehrwert bieten, vom Markt verschwinden.

Frage 4: Postversand-Kosten Ausland

Bei der Reform der Postdienstrichtlinie, der Liberalisierung der Postdienste, im Jahr 2008 hatten wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen im Europäischen Parlament gleich zahlreiche Brandherde zu bekämpfen. Für uns war damals besonders wichtig, dass alle Mitgliedsstaaten gewährleisten, dass die Tarife für die einzelnen Universaldienstleistungen der Postversender folgenden Grundsätzen entsprechen: Die Preise müssen erschwinglich sein und die Leistungen müssen allen Nutzern zugänglich sein. Außerdem müssen die Preise kostenorientiert und transparent sein. Also muss zukünftig ein Postversender auch transparent darstellen, weshalb der Versand des Roten Füchles nach Bregenz vergleichsweise teuer ist.

Die Post ist für uns eben keine

Dienstleistung wie jede andere, sondern ein Teil der Daseinsvorsorge.

Übrigens: Die Marktöffnung des Postsektors darf auf keinen Fall mit Sozial- und Lohndumping einhergehen. Deshalb ist die Mindestlohnregelung für Postdienste so richtig und notwendig. Die Postdienstrichtlinie tritt zudem erst Ende 2010 in Kraft. Die bisherige reihenweise Schließung von Poststellen, die besonders ältere Menschen hart getroffen hat, ist ein hausgemachtes deutsches Problem und hat mit der europäischen Regelung nichts zu tun.

Frage 5: Stecker/Steckdosen

Tatsächlich erscheint es auf den ersten Blick ein wenig verwunderlich, dass sich die Europäische Union noch auf keine einheitliche Regelung bei den Netzsteckern und Steckdosen hat einigen können. Stimmt aber. Schon 1997 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag unterbreitet, nachdem Stecker und Steckdosen für den privaten Gebrauch in der Europäischen Union vereinheitlicht werden sollten. Dieser Vorschlag ist damals jedoch im Gesetzgebungsverfahren gescheitert.

Darüber hinaus hat auch das Europäische Komitee für elektrotechnische Normung, kurz: CENELEC, versucht, eine einheitliche europäische Norm einzuführen. Trotz jahrelanger Bemühungen hat man sich aber auch hier nicht auf einen Konsens einigen können.

Allerdings gibt es natürlich den sog. Eurostecker, der in den meisten Haushalten der EU

verwendet wird. Insofern ist das Problem mit den Netzsteckern schon entschärft.

In nächster Zeit wird die EU in der Sache auch nicht mehr tätig. Der Grund dafür liegt unter anderem darin, dass die Kosten für die Verbraucher und Verbraucherinnen bei einem Umbau ihrer Steckdosen als unverhältnismäßig groß angesehen werden.

Daher gilt: Im Urlaub auch weiterhin einen Adapter mit sich führen oder sich vorab informieren, ob der Stecker von zuhause auch in die Steckdose passt: Sicher ist sicher.

Frage 6: Fahrpreisauskunft Bahn

Den Hinweis "Preisauskunft nicht möglich" kennen wohl alle Bahnfahrer. Das ist zwar ärgerlich, liegt aber meines Wissens in der derzeit nicht möglichen grenzüberschreitenden Verknüpfung der Preis- und Buchungsprogramme. Daher kann "Die Bahn" via Internet nur bis zur Grenze Preisauskünfte erteilen. Ausnahmen sind direkte Verbindungen wie etwa Stuttgart—Paris oder München—Salzburg.

Vielleicht ist es ja ein bisschen tröstlich zu wissen, dass das Preisauskunftssystem "Die Bahn" allgemein als eines der besten in ganz Europa gilt.

Liebe Evelyne, vielen Dank für deine Mühe und die deiner Mitarbeiter. Auch, obwohl nicht alle Antworten schon so richtig zufriedenstellen können.

Redaktion des Roten Füchles





Diskussionsbeitrag auf der Tagung der Evangelischen Akademie in Loccum

„Griechenland – PIIGS – EURO? Ungleichgewichte, Finanzmärkte und die Stabilität des Eurosystems“

Sigrid Skarpelis-Sperk (8./9. 03. 2010)

(Sigrid Skarpelis-Sperk geb. Sperk - * 12. April 1945 in Prag - ist eine deutsche Politikerin (SPD). Sie war von 1990 bis 2005 Vorsitzende des Unterausschusses ERP-Wirtschaftspläne des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages. Nach dem Abitur 1964 absolvierte Sigrid Skarpelis-Sperk ein Studium der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München, welches sie 1970 als Diplom-Volkswirtin beendete. Anschließend war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Finanzwissenschaft an der Georg-August-Universität Göttingen tätig. 1975 begann sie ein Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Göttingen, wechselte aber 1976 als wissenschaftliche Mitarbeiterin an die Universität der Bundeswehr in München. 1977 erfolgte ihre Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Göttingen mit der Arbeit „Soziale Rationierung öffentlicher Leistungen“. Danach nahm sie einen Lehrauftrag an der Fachhochschule München wahr und trat 1978 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Dienst des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ein. - WIKIPEDIA)

Vom Griechischen Drama über die Europäischen Farce zur Tragödie Europas?

Zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich drei grundsätzliche Bemerkungen machen (...)

1. Ich habe noch nie in deutschen Medien eine so massive, zu einem erheblichen Teil kontrafaktische und darüber hinaus **schmutzig-pornografische Kampagne gegen ein anderes Land, geschweige denn ein Mitgliedsland der europäischen Union erlebt** – öffentlich-rechtliche Medien eingeschlossen.

Ziel waren dabei nicht nur unbezweifelbare Missstände in der Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft Griechenlands, sondern auch eine Generalkritik gegen „die Griechen“, vom Altertum über Byzanz bis in die Neuzeit mit sogar unverkennbar in einem Magazin mit

rasistischen Untertönen. Die offizielle Politik schwieg dazu bis wochenlang in einer peinlichen Weise. (...) Ich kann mir nicht vorstellen, dass man sich ein solch verzerrtes Generalurteil gegenüber einem anderen Land in Europa z. B. gegenüber Polen geleistet hätte.

2. Griechenland hat ohne Zweifel erhebliche systemische Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft:

- eine aufgeblähte und ineffiziente öffentliche Administration, die unter allen Regierungen als Beschäftigungsagentur insbesondere im Bereich der Jungakademiker dient und dient.

- eine unzuverlässige, politisch weisungsgebundene statistische Berichterstattung mit dem Ergebnis geschöner Zahlen

- eine mit 20% sehr niedrige Steuerquote (D: 23 %, OECD-Schnitt: 27%) mit einer

laxen bzw. offen korrupten Steuererhebung, bei der die oberen Mittelschichten, die Selbständigen und die Reichen de facto sehr wenig Steuern zahlten. Die Steuerquote war in den letzten 6 Jahren von 23 auf 20 % gesunken, übrigens unter dem öffentlichem Beifall der EU-Kommission in Brüssel

- ein sehr hoher Anteil der Verteidigungsausgaben am Sozialprodukt (deutlich über 4%), dem höchsten Anteil in der NATO. Deutschland hat dazu im Vergleich nur 1,5 %.

- qualitativ unzureichende öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit, die von den Bürgerinnen und Bürgern erhebliche private Zusatzausgaben erfordern. Die meisten der hier angeführten Schwächen waren nicht Argumente in der anstehenden



henden Debatte, weil sie eher die Arbeits- und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner Griechenlands und die Einkommens- und Vermögensverteilung bzw. Gerechtigkeit in Griechenland betrifft — wichtig für das Miteinander und das Funktionieren einer Gesellschaft — aber bedeutungslos für „die Finanzmärkte“ (...).

- Zudem und für die derzeitige Krise wichtig: als schwächstes Glied der Euro-Zone hat es in den letzten 10 Jahren robusten Wachstums die Gelegenheit nicht genutzt, die Periode niedriger Zinsen seit dem Eintritt in die EURO-Zone zum Abbau seiner hohen Staatsverschuldung zu nutzen, die allerdings — was die Höhe angeht — durchaus auch Parallelen in anderen europäischen Ländern hat (...)

3. Von all den (...) Schwächen war zwei bzw. drei Jahre zuvor in den Berichten der großen internationalen Wirtschafts- und Finanzorganisationen wie OECD, IMF und EU nichts zu hören und zu lesen. Im Gegenteil :

- Geradema! zwei Jahre zuvor wurde Griechenland unisono von den oben genannten drei wegen seiner Deregulierungsagenda und seines Fortschritts in „strukturellen Reformen“ gewürdigt.

- Geradema! vor drei Jahren pries die OECD für die „second best performance of all industrialized countries“, dank den „structural reforms that have led to higher resilience“ und sein Wachstumspotential (wurde) auf 4% geschätzt. Die EU-Kommission lobte Grie-

chenland für seine Privatisierungs- und Entbürokratisierungspolitik; Griechenland hatte gerade seinen Energie- und Telekomsektor privatisiert.

- Im Jahre 2007 war der Anteil der öffentlichen Ausgaben am BSP in Griechenland niedriger als in Deutschland und war für mehr als ein Jahrzehnt gefallen.

- Das Volumen der griechischen Exporte war seit 1998 um 150% gestiegen und die Beschäftigung zwischen 1998 und 2007 stieg jährlich um 1,3% und die Arbeitslosigkeit fiel um 40%. Die Lohnstückkosten waren stetig aber moderat gestiegen — vergleichbar denen der USA.

Die griechische Finanz-Tragödie - auf der politischen Szene als politisches Drama

In dem offiziellen Drehbuch der sich gerade abspielenden griechischen Tragödie — auch genannt der drohende Staatsbankrott oder neutraler die griechische Finanzkrise — ist der Schuldige bereits bestimmt, die Handlung ist klar, der Ausgang unausweichlich, aber letztlich doch gerecht und moralisch erhebend.

Der Schuldige des Stückes ist Griechenland selbst: ein aufgeblähter öffentlicher Sektor, blühende Korruption, eine jahrzehntelange fiskalische Inkontinenz, teilweise von der Öffentlichkeit durch unverlässliche — um nichts Schlimmeres zu sagen — statistische Berichterstattung. Andere Hauptrollen spielen nachsichtige europäische Politiker, die das Land unter falschen Angaben in den EURO-Club eingelassen haben.

Kassandra wird in dem Stück von der Europäischen Zentralbank gegeben, die vor der Überschreitung — wiewohl vergebens — der ehernen Gesetze der real existierenden Europäischen Währungsunion gewarnt hatte. Staatsanleihenbesitzer, „die Märkte“, und fiskalisch kluge Länder spielen in diesem Drama die wichtige Rolle des Chores als furchtlose (wenn auch verspätete) Sprecher der Wahrheit an die Macht.

Charakterschwächen wie die harsche Realität der fiskalischen Rechnung treiben die Handlung unbarmherzig vorwärts: das Land wird in die EURO-Zone zugelassen. Es fehlt, seine Irrtümer zu ändern und lebt über seine Verhältnisse. Das Schicksal interveniert in der Form der globalen Finanzkrise, die das Ausmaß der Charakterschwächen des Schuldigen unbarmherzig für aller Augen enthüllt. Das Ergebnis ist ein tragisches Anwachsen von Arbeitslosigkeit und fallenden Einkommen.

Auch wenn der Schuldige das alles selbst zu tragen hat, dient die griechische Tragödie doch als wertvolle Lehre für die Bedeutung von fiskalischer Solidität und rechtzeitiger Umkehr, bevor es zu spät ist. Jeder Versuch, die Tragödie dem Betroffenen zu erleichtern, würde die wichtige Lektion abschwächen und andere ermutigen, die hellenischen Irrtümer zu wiederholen.

Die Aufführung „Griechisches Drama“ ist also ein Moralstück, wie wir es ja häufig in der Literatur finden, von den Lafontaine'schen Fabeln bis zu den





großen Dramen der deutschen und der französischen Klassik.

Die Aufführung hat nur, wie alle Dramen und Fabeln, zumindest drei ernsthafte Probleme:

- **Erstens, sie simplifiziert die Realität in grösster Weise.**
- **Zweitens, sie gibt denen, die an ihre eigene Tugendhaftigkeit glauben, ein ungerechtfertigtes Gefühl von Überlegenheit - um es nicht Hybris zu nennen - und macht sie damit blind für eigene Unzulänglichkeiten.**
- **Drittens, und das ist das Wichtigste, sie dient als schreckliche Vorlage für künftiges Verhalten und Politik.**

Um das Drehbuch näher an die Realität zu bringen, muss man folgende Fakten beachten:

- Griechenland ist sicherlich kein vorbildlicher Charakter, und sein politökonomisches Vorgehen hat sicherlich an einer Reihe von Stellen das Verdikt „schuldig“ verdient;
- es ist aber ebenso Opfer wie unschuldiger Passant;
- die systemischen Fehler habe ich bereits in der Vorbemerkung 2 beschrieben: aber sie sind in erster Linie ein Problem der griechischen Bürger, die diese politisch zu verantwortenden Umstände ertragen müssen und nicht ein Zeichen für fiskalische Unverantwortlichkeit als solche. Es wird auch nicht klar, warum Anleihenmärkte gerechtfertigt sind, sich plötzlich auf Griechenland zu stürzen. Eigentlich müssten Schuldbekanntnis und öffentliche Bereitschaft zur Umkehr umgekehrt bewertet werden: wenn ein Land seine Staatseinnahmen durch Rückkehr zu einer höheren Besteuerung und

mehr Steuerehrlichkeit und bessere Verwaltung lösen will, geht das in der Regel leichter, als wenn es seine Spielräume schon vorher ausgeschöpft hat. Oder anders gesagt: wenn Herzprobleme die Folge von Übergewicht und Völlerei sind, lässt sich das leichter durch eine ordentliche Ernährung und Bewegung lösen, als wenn es sich um etwa eine angeborene Herzschwäche handelte.

- Die falschen Statistiken sind natürlich unmöglich – auch wenn sich zunehmend herausstellt, dass die EU-Kommission und EUSTAT davon informell wussten und **einer der größten Anleihenvermittler der Welt, Goldman & Sachs, das nicht nur wusste, sondern aktiv beim Verschleiern gegen eine Provision von 20% beteiligt war.** Für mich sieht die Sache eher als ein Kuhhandel unter Insidern denn als Betrug aus. Jüngst ließen übrigens Goldman & Sachs ihr eigenes Verhalten nach Jahren an die Presse durchsickern und spekulierten kräftig gegen ihren eigenen ehemaligen Kunden.

Bei Anwälten heißt so etwas Parteienverrat.

Es gibt aber weit mehr fundamentale Gründe, die bezweifeln lassen, warum „die Märkte“ gerechtfertigt waren, sich plötzlich Griechenland herauszusuchen und es einzeln anzugreifen, warum plötzlich Griechenland so viel kreditunwürdiger als Spanien oder sogar auf demselben Niveau wie der Irak sein sollte.

Sicher, wie schon erwähnt, hätte Griechenland gut daran ge-

tan, die Zeit stärkeren Wachstums für eine fiskalische Konsolidierung zu nutzen – stattdessen hat es die Steuern für die Unternehmen und die oberen Einkommensbezieher gesenkt (das klassische neoliberale Rezept also). Außerdem zeigt ein kühler Blick in die „offiziellen“ Statistiken statt der momentanen Hysterie, dass die laufenden Haushaltsdefizite und Staatsschulden in Prozent des Sozialprodukts Griechenlands als Anteil am BSP sich fast exakt und parallel mit dem Durchschnitt der EU 15 bewegte und das seit Mitte der 90iger Jahre, genauer 2-3% des BSP niedriger und etwa 30 Punkte höher bei der Staatsverschuldung. Diese Differentiale waren relativ stabil und reflektierten die Tatsache, dass Griechenland ein substantiell höheres Wachstum des BSP (Output gemessen in laufenden Preisen) als seine Nachbarn hatte und damit seine wiederholten höheren Defizite fiskalisch tragbar waren. Diese Differentiale waren sehr stabil. Auch die jüngsten Erhöhungen der Defizite auf 12% waren zwar sprunghaft, aber auch nicht schlimmer als die bekannten angelsächsischen Protagonisten – nämlich UK, Irland und USA. Sie sind nicht Ursache eines plötzlichen Sündenfalls, sondern in erster Linie Folge der weltweiten Finanzkrise einschließlich von Bankenstützung.

Gerne wird in diesem Zusammenhang **Griechenlands Rolle auf dem Balkan** vergessen. Griechenland hat in den vergangenen 15 Jahren eine zentrale Aufgabe als ökonomische Stabilisatorin und als Europas



Dolmetscherin und Brücke zum Balkan gespielt und spielt sie noch immer. So sei nur kurz daran erinnert, dass schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre grundlegende Reformen eingesetzt hatten, die Griechenland aus einem überwiegend landwirtschaftlich strukturierten Land zu einer nicht nur im Verhältnis zu seiner Umgebung im östlichen Mittelmeer modernen, dienstleistungsorientierten Wirtschaftsnation gemacht hat. Vor allem Tourismus, Handel, Schiffsverkehr und Finanzdienstleistungen spielten eine zunehmend wichtigere Rolle. (...) Seit Mitte der 1990er Jahre befand sich Griechenland bis zum Ausbruch der weltweiten Finanzkrise auf einem robusten Wachstumspfad, bei dem extensive Infrastrukturinvestitionen und Großereignisse wie die Olympischen Sommerspiele in 2004 eine bedeutende Rolle spielten. Aber auch sein zunehmend bedeutender werdendes Engagement in der Region hat Griechenland gegenüber seinen Nachbarn ganz neu aufgestellt. Griechische Unternehmen wie Banken, Telekommunikation und Bauindustrie wurden schon vor dem Eintritt in die Eurozone zu den größten Auslandsinvestoren auf dem westlichen und östlichen Balkan. Thessaloniki entwickelte sich wieder zur heimlichen Hauptstadt des Balkans wie schon vor dem ersten Weltkrieg. Eine Entwicklung, aus der die Griechen publizistisch zu wenig gemacht haben.

Griechenland hat Anfang der neunziger Jahre als erstes EU-Mitglied mit direkten Außengrenzen zu den Nachbarstaaten des ehemaligen

Jugoslawien die Chancen und Potentiale in der Region erkannt. Dies äußerte sich nicht nur in hoher Investitionstätigkeit, sondern ebenso in diplomatischen Aktivitäten. Wenn die neuen Staaten wie Serbien, Montenegro, Mazedonien und Kroatien einen Fürsprecher hatten, die europäische Perspektive dieser Länder zu formulieren, dann war das Griechenland, insbesondere unter dem Premierminister Simitis und seinem damaligen Außenminister G. Papandreou. Der EU Gipfel von Thessaloniki in 2003 stellte erstmals ausdrücklich die Beitrittsperspektive der Nachbarländer fest.

Diese griechische Solidarität mit seinen Nachbarländern war beispielhaft für deren schrittweise Integration in europäische Strukturen und Institutionen.

Dies alles scheint in der gegenwärtigen öffentlichen, von der Boulevardpresse diktierten antigriechischen Hysterie vergessen.

Auch die Tatsache, dass die gegenwärtigen Schwierigkeiten und die sprunghaft höheren Verschuldungsraten aller Industrienationen nicht verantwortungslosem Haushaltsgebaren, sondern der Weltfinanzkrise und den Stabilisierungsnotwendigkeiten im Finanzsektor und in der Realökonomie geschuldet sind, um ein Desaster wie die große Depression in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zu verhindern.

Wenige Monate zuvor hatten wir auch noch allgemeinen und weltweiten Konsens, dass diese Krise nicht zuletzt dem

Fehlverhalten jener Spieler „der Finanzmärkte“ zu verdanken ist, die jetzt gegen Griechenland spekulieren. Heute dagegen wird der „schwarze Peter“ den üblichen Verdächtigen zurückgereicht: „der Politik“, dem öffentlichen Sektor und „den unzuverlässigen Südländern“.

Aber zurück zur „Finanztechnik“:

Abgesehen von den Defizit- und Schuldenniveaus gibt es (...) zwei entscheidende fiskalische Nachhaltigkeits-Parameter: der Zinssatz und die (nominale) Wachstumsrate.

Betrachtet man beide näher, steigen die Zweifel an der Heldenrolle der Gutmenschen im griechischen Drama:

Denn Schulden wie Defizite sind leicht finanziert, wenn die Zinsen niedrig sind. (...) Die plötzliche Erhöhung der Zinsen für Griechenland ist nicht etwa einer allgemeinen Zinserhöhung auf den Weltfinanzmärkten geschuldet, der plötzliche und massive Anstieg der sogenannten spreads, d.h. der Zinsdifferenz gegenüber den „sicheren“ deutschen Bundesanleihen ist ziemlich offensichtlich, Folge des Bestrebens mancher Akteure auf den Finanzmärkten „Renten“ aus der Krise ziehen, indem sie Krisen an die Wand malen und Spekulationen in CDS – also Kreditversicherungen - organisieren.

(...)

Wer den vollständigen Text haben möchte, kann sich an die Redaktion des Roten Füchslens wenden:
rotes-fuechsle@t-online.de





Herzlich willkommen

Zu unseren Veranstaltungen ergeht hiermit freundliche Einladung an alle Mitglieder, die Presse und eine gesamte interessierte Öffentlichkeit.



Dienstag_s-Treff öffentliche Mitglieder- versammlung

1.

Juni

Schwert Ehingen

20.00 Uhr

Ideenwettbewerb Groggensee-Kreisel

- Aktuelle Viertelstunde
- Aktuelles aus dem Gemeinderat Ehingen
- Aktuelles aus dem Kreistag
- Halbjahresplanung für 2010
- Planung Flohmarkt
- Groggensee-Kreisel
- Verschiedenes

Nächster Dienstagstreff:
6. Juli 2010
Gaststätte Schwert



Griesingen begrüßt seine Gäste im Jahr 2010 ebenso wie vor 50 Jahren (Foto: Triumphbogen am Ortsausgang Richtung Altbierlingen).

Jetzt feiert man in der 1000-Einwohner-Gemeinde die erste urkundliche Erwähnung vor genau 1250 Jahren. Schon damals muss der Ort aber bestanden haben, denn sonst hätte man ihn ja nicht an ein elsässisches Kloster verschenken können.

Griesingen feiert jetzt also nicht "Geburtstag", sondern "nur" das erste bisher vorhandene Zeugnis seines Bestehens.

Wir gratulieren der Gemeinde, die beim Frühlingsfest diesen Juni erneut alle Register des Freuens und Feierns und des Sich-feiern-Lassens zieht. ■



**... solange die
Endlagerung
nicht geklärt
ist.**

's Rote Füchse kann auch online gelesen werden:

www.spd-ehingen.de oder
www.spd-rz-bc.de

Aus Anlass des Fests können die Griesinger und ihre Gäste ...

- abspacken (herumalbern, sich freuen)
- auf Gewürzgürkchen sein (lustig, aufgedreht sein)
- Alpenpizzas ausweichen (Kuhfladen)
- aufbitchen - (sich stark schminken und modisch zurechtmachen)
- das eine oder andere Bier verhaften (trinken)
- Blechpickels zeigen (Piercing)
- chatten und chillen (mit'ander plaudern; abspannen)
- durch die Hose atmen (den Stress vergessen)
- vor dem Festzelt die Lunge bräunen (eine rauchen)
- Schnitzel betrachten (gutausschende Menschen angucken)
- Taubstummenhosen anziehen (Leggins: man sieht, dass sich die Lippen bewegen, hört aber nichts)

Quelle: "Jugendsprache 2009", Langenscheidt-Verlag